

Die Orte der Verbandsgemeinde Nieder-Olm in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit

Vorbemerkung

Für die Zeit von 1918–1945 ist die Geschichte der Ortsgemeinden, die heute die Verbandsgemeinde Nieder-Olm bilden, noch nicht ausführlich behandelt. Das Material, das es zu erforschen gilt, ist aus vielen Quellen zu gewinnen. Akten der Archive kommen vor allem in Frage, daneben Zeitungen, Erzählungen und Berichte älterer Einwohner. Einige wenige, kurze schriftliche Darstellungen liegen vor.¹

Wichtigste Quelle ist das Gemeindearchiv Nieder-Olm, wo für unseren Zeitraum die noch vorhandenen Akten der Ortsgemeinden aufbewahrt werden.² Nicht in allen Fällen reicht das aus: fast alle Aktenbestände sind unvollständig – durch Kriegs- und Nachkriegsverluste fehlen vor allem viele Unterlagen zur nationalsozialistischen Zeit. Für einige Orte fehlen alle wichtigen und bedeutsamen Unterlagen für die Zeit von 1918–1945, bis hin etwa zu den Wahlakten. Manches muß aus der Tagespresse ergänzt werden.³ Für Zornheim, Sörgenloch und Jugenheim läßt sich viel, für Stackeden und Nieder-Olm einiges, für Klein-Winternheim, Essenheim, Elsheim und Ober-Olm nur wenig für diese Epoche finden.

I. Der Umsturz 1918/19⁵

1. Revolution in Deutschland

Das Ende des Ersten Weltkrieges kam am 9. November 1918 mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen Reich und seinen alliierten Gegnern. Gleichzeitig erschütterte die Revolution das innere Gefüge des Kaiserreiches. Als Kaiser Wilhelm II. nach Holland ins Exil ging und in Berlin die Republik ausgerufen wurde, war der Umsturz entschieden. Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse unseres Landes erfuhren einen tiefen Einschnitt, das nationale Selbstbewußtsein des deutschen Volkes war tief und nachhaltig durch die Niederlage getroffen.

Auch wo sich der Alltag in seinem regelmäßigen Ablauf wenig veränderte – und das war in unseren von der Landwirtschaft und dem Weinbau stark oder ganz geprägten Gemeinden der Fall –, spürten viele Menschen die Folgen des Krieges und des Umbruchs heftig und meist negativ. Die Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik vollzog sich nicht ohne Streit und Kämpfe, nicht ohne Aufstände und Wirrnisse.

Zusätzliches Material liefert allerdings, vor allem auch für die nationalsozialistische Zeit, der Aktenbestand des Kreisamtes Mainz, der im Staatsarchiv Speyer aufbewahrt wird.⁴

Die Epoche von 1918–1945 umfaßt die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus, also die Demokratie, die Diktatur und den Zweiten Weltkrieg. Diese wichtigen, zum Teil umwälzenden und tiefgreifenden großen Bewegungen der Zeit haben natürlich auch bei uns ihren Niederschlag gefunden.

Im vorliegenden Band kann diese Epoche nur begrenzten Platz beanspruchen. Viele Alltagsereignisse, viele wichtigen Vorkommnisse müssen unerwähnt bleiben oder können nur am Beispiel einer Gemeinde dargestellt werden, für die wir über schriftliche Unterlagen verfügen. Sie gelten dann aber oft auch entsprechend für die anderen Orte, keine Gemeinde wird absichtlich weniger genannt – meist reicht das Material nicht aus. Eine in die vielen Einzelheiten jener Zeit reichende Darstellung kann hier nicht gegeben werden – vielleicht wird sie später einmal in Angriff genommen werden können.

Neue Verhältnisse hatten angesichts der bedrückenden Last des Krieges viele Menschen herbeigesehnt. Manche erhofften bis zuletzt einen militärischen Sieg, viele ein Ende des Krieges ohne Verluste und Einbußen. Allgemein erwartete man bessere wirtschaftliche Verhältnisse, Fortschritt auf wichtigen Gebieten, soziale Rechte und eine friedliche, stabile Zukunft.

Die meisten dieser Hoffnungen wurden sofort, teilweise in den beiden ersten Nachkriegsjahren tief enttäuscht. Der Krieg war zwar zu Ende, aber es blieben wirtschaftliche Not, Ernährungsprobleme, Arbeitslosigkeit insbesondere der entlassenen Soldaten, dazu viele soziale Probleme. Daß die neue Republik bessere und stabile Verhältnisse bringen werde, hoffte man. Viele blieben aber nach der ersten Enttäuschung skeptisch, je nach der politischen und wirtschaftlichen Lage vermehrte oder verminderte sich ihre Zahl.

Manchen Menschen ging der Umsturz nicht weit genug; für sie blieb die Revolution unvollendet. Vielen anderen ging sie zu weit – sie störte den gewohnten, oft lebenswichtigen Arbeitsrhythmus, brachte Unruhen, Konflikte, auch be-

waffnete innere Auseinandersetzungen zwischen radikalen Kräften von rechts und links.

Über allem schwebte anfangs noch die Ungewißheit, wie der zu erwartende Frieden aussehen würde, der mit den gegnerischen Alliierten zu schließen war. Der Waffenstillstand und seine konkreten Einzelbedingungen ließen nichts Gutes erwarten. Den Deutschen wurde der entschiedene Wille ihrer Kriegsgegner deutlich, dem Reich keine Chance zur Wiederaufnahme des Krieges zu lassen. Ein solcher Widerstand war schon angesichts der militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes wenig realistisch, wie etwa Ablieferung von Waffen und militärischem Material, Rückzug der Truppen und sofortige Besetzung der linksrheinischen Gebiete noch im Dezember 1918.

Der Entwurf des Friedensvertrages vom Mai 1919 übertraf für die meisten Deutschen die schon niedriger gesteckten Erwartungen. Wer auf Milde vom Gegner zugunsten der neuen demokratischen Republik gehofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Wem aber nationaler Eifer und Rachsucht nach dem verlorenen Krieg die Feder führte, der sah als Folge der demokratischen Revolution vorausgesagtes Unheil eintreten. So wurde der friedensstiftende Vertrag, widerwillig akzeptiert, zum „Diktat von Versailles“. Die demokratische Republik von Weimar mußte mit dieser schwer tragbaren Belastung leben – es erscheint als ein Wunder, daß sie 14 Jahre bestehen konnte.

2. Neue Ordnung in Hessen

Auch das bisherige Großherzogtum Hessen wandelte sich nach der Abdankung des Fürsten infolge der Revolution in eine demokratische Republik als Teil des Deutschen Reiches.⁶ Die Führer der bisherigen Mehrheitsparteien des alten Landtages bildeten nunmehr – wie im Reich – die vorläufige Staatsregierung. Die Parteien traten im wesentlichen in ihrer alten Formation auf. Die Liberalen kamen wie bisher in zwei Gruppen, mit der Deutschen Volkspartei, der ehemals Nationalliberalen Partei, und der Deutschen Demokratischen Partei, der Partei Friedrich Naumanns, aus der linksliberalen Fortschrittspartei hervorgegangen. Dazu kam das katholische Zentrum wie bisher und nicht zuletzt die Sozialdemokratische Partei, der mit Karl Ulrich aus Offenbach auch die Führungsrolle im neuen Staat zufiel.

Der Volksstaat Hessen machte alle Krisen und Schwankungen der deutschen Politik mit. Allerdings gab es schon durch die Ergebnisse der ersten Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zur Verfassunggebenden Hessischen Volkskammer am 26. Januar 1919 klare Verhältnisse.⁷ Die Parteien, die die Weimarer Verfassung bestimmten und unterstützten – SPD, Zentrum, Deutsche Demokratische Partei – erlangten in Hessen zusammen eine so eindeutige Mehrheit, daß ihnen die Schaffung der Verfassung und die politische Leitung des Landes folgerichtig übertragen war.⁸

Bis 1930 blieb die SPD in Hessen die stärkste Partei. Ihr folgte in der Wählergunst das Zentrum; danach kam anfangs die DDP, auch die DVP, von 1921 an war der Hessische Landbund die drittstärkste Partei.⁹

3. Die Besetzung Rhein Hessens

Rhein Hessen war ein durch die Kriegsfolgen besonders schwer betroffenes Gebiet.¹⁰ Noch im Dezember 1918 rückten die französischen Truppen ein und errichteten in Mainz eine ihrer militärischen Kommandozentralen. In kleineren Einheiten wurden die Besatzungstruppen in den ersten Jahren auch in die größeren Orte des Kreises gelegt.

Die Besetzung hatte zunächst in fast allen lebenswichtigen Bereichen eine Abschnürung des betroffenen Gebietes vom Reich zur Folge. Begründet war dies zunächst in den Waffenstillstandsbedingungen. Der Friedensvertrag milderte 1920 die Last und unterband vor allem die völlige Willkür der Besatzungsherrschaft. Die französischen Streitkräfte legten aber weiter großen Wert auf Vorrechte, um jeglicher Gefährdung ihrer Stellung von vorneherein begegnen zu können. Deshalb verfügten sie über genau geregelte Eingriffsmöglichkeiten in die politischen Verhältnisse auch in Rhein Hessen.

Freilich wurde von der Vollmacht stufenweise weniger Gebrauch gemacht und vor allem die Eingriffe auf der unteren Verwaltungsebene wurden bis 1925 abgebaut.

Erst nach der Besetzung des Ruhrgebietes 1923 – die übrigens in unserer Heimat die Bildung eines Besatzungsbrückenkopfes um Wiesbaden und die Mainmündung mit sich brachte – und nach dem Abbruch des deutschen passiven Widerstandes dagegen gelang es Gustav Strese-

mann, im Rahmen der Reparationsverhandlungen die Lasten der Besetzung zu mildern. Nach der Endregelung der Reparationen konnte im Juni 1930 der Abzug der französischen Besetzung erfolgen, der verständlicherweise in einer Mischung aus allgemeiner Erleichterung und nationalem Stolz auch in Rheinhessen gefeiert wurde.

Nach dem Einmarsch der Besetzung im Dezember 1918 waren zunächst alle Post- und Eisenbahnverbindungen nach dem nichtbesetzten Deutschland unterbrochen oder sehr eingeschränkt. Anfangs wurden nur offene Postkarten, dann einfache Briefe, Zeitungssendungen und Pakete erlaubt. Der Eisenbahnverkehr ins unbesetzte Gebiet blieb dürftig, im besetzten Gebiet galt oft nur ein von Woche zu Woche verkündeter Notfahrplan. Aus Mangel an Kohle, Lokomotiven und Waggons durch Kriegsverluste und Ablieferungen war zunächst nicht mehr möglich. Erst im Laufe der Jahre besserte sich die Situation. Reisen ins unbesetzte Gebiet bedurften anfangs einer Erlaubnis, Versorgungstransporte waren unterbunden oder beschränkt oder liefen mit Vorrang für die französischen Besatzungstruppen.

Bis in den Frühsommer 1919 galten nächtliche Ausgehverbote und frühe Sperrstunden für die Gaststätten (20 Uhr). Zeitungen unterlagen der Zensur, gelegentlich kam es zu Verboten. Theater, Kinos und Konzerte konnten nur mit Genehmigung stattfinden, die Fastnacht 1919 fiel wegen der ersten Zeiten praktisch aus. Den Behörden waren bis hinunter zum Kreisamt beauftragte Administratoren der Franzosen beigeordnet, die Anordnungen erlassen und durchsetzen konnten, die Anweisungen der deutschen Behörden kontrollierten und sich überall einschalteten.

II. Die neuen Probleme nach dem Umbruch

1. Unruhige Revolutionswochen und neuer Anfang

Für das Leben in der Region Nieder-Olm waren dies die Rahmenbedingungen, an denen niemand entscheidend etwas ändern konnte. Die Gemeinden gehörten alle zum Kreisamt Mainz, nur Elsheim und Jugenheim zum Kreisamt Bingen.

In den unruhigen Revolutionswochen des November 1918 bildeten sich in Deutschland an vielen Orten Arbeiterräte, teilweise auch Soldatenräte. Sie wurden vorwiegend aus Angehörigen der SPD, aber auch der weiter links stehenden USPD gebildet, teilweise auch vom noch radikaleren Spartakusbund, dem Vorläufer der KPD, aufgestellt. Ihre Macht verlor in dem Augenblick an Bedeutung, indem die normalen parlamentarischen Organe in Reich und Ländern wieder gebildet waren.

Für unseren Bereich ist nur in Nieder-Olm ein offensichtlich kurzlebiger Soldatenrat nachweisbar. Vermutlich hatten sich zurückgekehrte und auf dem Rückzug durchziehende, auch entlassene Soldaten zusammengetan. Aber diese Repräsentanten einer nicht in Wahlen bestätigten neuen Ordnung fanden kaum Zustimmung bei der Bevölkerung. Man spürte eher eine Gefahr von dieser Gruppe. Deshalb beschloß der Gemeinderat, selbst eine Bürgerwehr einzurichten. Wegen allgemeiner Gefahren aufgrund durchziehender deutscher Truppenteile und Soldatengruppen sollte diese vor allem eine ständige Feuerwache im Rathaus stellen.

Wahrscheinlich sollte die Bürgerwehr den Soldatenrat, über dessen politische Ausrichtung in diesem Falle nichts in den Akten steht, gleichzeitig kontrollieren und einbinden. Die zentrale Verantwortung der Gemeinde sollte nicht eingeschränkt werden. Die Leitung der Bürgerwehr sollte der Bürgermeister oder sein Vertreter und das Ratsmitglied Jakob Eckes übernehmen.¹¹

Einer der ersten Wünsche der französischen Besatzungsmacht war, daß in allen Gemeinden die Einführung eines französischen Sprachunterrichts für Erwachsene stattfinden sollte. Abgesehen davon, daß dies in der Erregung über die Niederlage im Krieg als Provokation durch die Sieger verstanden wurde, waren dies ungewohnte, ganz und gar unübliche Zwänge. In keiner Gemeinde scheint der Unterricht verwirklicht worden zu sein; in Sörgenloch beispielsweise beschloß der Gemeinderat ausdrücklich Ablehnung.¹²

2. Alltagsprobleme

Alltagssorgen, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit, Teuerung und ständige Inflation beherrschten überall die Gemeindepolitik. Was die französische Besatzungsmacht anordnen würde,

war unbekannt, es erschien unzweckmäßig, weitreichende Entschlüsse zu fassen.

Ein Beispiel: Im Dezember 1918 sollte in Nieder-Olm der Gemeinderat über die Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeiter neu beschließen, zusammen mit dem sog. Wirtschaftsausschuß, dem Arbeiter und Arbeitgeber – hier die Landwirte – angehörten. Der Rat lehnte einen Beschluß ab, weil man von der Besetzung in Zukunft in allen Fragen mit Einzelanordnungen rechnete, die alles ändern konnten und die man erst abwarten wollte.¹³

Wegen der ständigen Schäden in der Gemeindeflur durch die französischen Truppen mußte im März 1919 eine Flurschadenkommission gebildet werden.¹⁴ Daneben waren Alltagsfragen zu regeln: der Vorsteher des Ortsgerichtes Nieder-Olm, Sieben, war gestorben. An seiner Stelle wurde Heinrich Kabey gewählt. Für den Handarbeitsunterricht in der Schule wurde Elisabeth Sengner eingestellt. Sie hielt 5 Stunden wöchentlich und bekam ein Gehalt von 300 Reichsmark jährlich.¹⁵ Am 1. Juli 1919 wurde der Gerichtsassessor Pauli zum neuen Amtsrichter in Nieder-Olm ernannt und der neue Gerichtssekretär Wienold bestellt.¹⁶

Im April 1919 genehmigte der Gemeinderat in Nieder-Olm die Einrichtung einer „Kaffeewirtschaft“, weil hierfür durchaus ein Bedarf bestehe und eine solche am Ort nicht vorhanden sei. Der gleichzeitige Antrag auf Genehmigung einer Schlosserei, der nunmehr vierten am Ort, wurde jedoch abgelehnt. Den Feuerwehrmännern wurde eine Zulage bewilligt von 25 Mark, allerdings unter der Bedingung, daß diese regelmäßig an den Übungen teilgenommen hätten. Mit dem Übungseifer war es wohl nicht so weit her.¹⁷

3. Die soziale Lage

Die soziale Notlage erzwang Maßnahmen zur Versorgung der Erwerbslosen. Insbesondere sollte in jeder Gemeinde eine Meldestelle für Erwerbslose eingerichtet werden – Vorstufe der späteren Arbeitsämter. In Nieder-Olm gab es eine solche Stelle, aber in den übrigen Gemeinden offensichtlich nicht. Man beschloß beispielsweise in Sörgenloch, von einer solchen Stelle abzusehen, „da in unserer Gemeinde nur eine meist Landwirtschaft treibende Bevölkerung ist und Erwerbslosigkeit nicht zu fürchten ist“.¹⁸ Die Hoffnung trog allerdings, denn späterhin gab es auch

in Orten wie Sörgenloch Arbeitslose; 1924 zog man sie zu Notstandsarbeiten heran.¹⁹

Die Landwirtschaft, im Krieg vieler Arbeitskräfte beraubt und vorwiegend von den Frauen aufrechterhalten, bot wohl auch solchen Personen noch Erwerbsmöglichkeiten im Ort, die anderswo keine Arbeit fanden. Freilich war der Verdienst nicht hoch und auch mancher bäuerliche Betrieb stand vor Schwierigkeiten. Die Inflation beeinträchtigte die landwirtschaftlichen Erzeuger zwar zunächst am wenigsten. Sie konnten ihre Ernteergebnisse zu Tagespreisen verkaufen und die eigenen Bedürfnisse damals noch in hohem Maße aus dem eigenen Betrieb oder am Ort decken, denn der Maschinenpark war klein. Soweit aber Dienstleistungen oder Käufe bezahlt werden mußten, litt die Landwirtschaft ebenso unter der Geldentwertung und den raschen Preissteigerungen.

Am 8. Juli 1919 berichtete das „Mainzer Journal“ allerdings, daß die hohen Weinernten der letzten Jahre den Weinbauern in Rheinhessen gute Einnahmen verschafft hätten.²⁰ Dies schlug sich auch in den Steuereinnahmen der Gemeinden nieder, denn es gebe nirgends eine Steuererhöhung, teilweise habe man die Hebesätze gesenkt. Die landwirtschaftliche Spar- und Darlehenskasse Elsheim meldete im Februar 1919 einen für diese Gemeinde hohen Jahresumsatz von über 1,16 Millionen Mark.²¹

Aber auch die Löhne mußten an die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gezahlt werden – davon gab es damals noch viel mehr als heute. Im Frühjahr 1919 entstand deshalb eine Lohnbewegung in Rheinhessen. Gefordert und wohl bald auch bewilligt wurden 7 Mark pro Tag für landwirtschaftliche Arbeiter, 8,50 Mark für Weinbergsarbeiter, dazu ein Zuschlag von 10 % für Überstunden und von 50 % für Sonntagsarbeit.²²

4. Die Ernährung

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung war schlecht, weil die Landwirtschaft allgemein durch die Kriegsausfälle nicht voll leistungsfähig war und Einfuhren aus dem Ausland nach Kriegsende zunächst gar nicht, dann nur in begrenztem Umfang möglich waren.

Fleisch, Wurstwaren und landwirtschaftliche Produkte wie Mehl und Gemüse konnten noch halbwegs frei, nach Maßgabe des freilich auch damals noch stark begrenzten Angebotes, nach

Jahreszeit und Preis gekauft werden. Da die Verwaltung bestimmte Mengen der Produkte zur Ablieferung forderte für die Versorgung der Industriegebiete, dazu die Besatzung ihre Ansprüche anmeldete, blieb die eigentliche Versorgung sehr knapp, aber gerade noch tragbar.

Alle übrigen Lebensmittel konnten nur nach Zuteilung auf Lebensmittelgutscheine erworben werden. Nach einer Bekanntmachung des Kreisamtes Mainz wurden im Januar 1919 folgende Zuteilungen vorgenommen:²³ Selbstversorger – das waren alle bäuerlichen Einwohner – erhielten z. B. 500 g Graupen, 50 g Suppen in Pulverform, 500 g Kunsthonig und 500 g Marmelade im Monat. Für Kinder bis zu 12 Jahren wurde diese Zuteilung um 200 g Teigwaren erweitert, für die übrigen Bevölkerung um 500 g Teigwaren.

Da die Landwirtschaft über ihre Erzeugnisse verfügen konnte, soweit nicht der Staat Ablieferung erzwang, blühten Schwarzhandel und Hamsterei. Dies trieb die Preise in die Höhe. Nicht die hungernden Familien, schrieb das „Mainzer Journal“ im April 1919, sondern Schwarzhändler verursachten die Preissteigerungen. Die Zeitung berichtete, auf dem Lande würden für ein Pfund Butter 30 Mark, 1 Ei 80 Pfennig bis eine Mark und für Dörrfleisch oder Schinken 20 bis 25 Mark je Pfund gezahlt.²⁴

Kein Wunder auch, daß sich die Klagen über Feldfrevel, Diebstähle und kleine Räubereien, aber auch Bettelei häuften, mindestens im Jahre 1919, bis sich das Leben normalisiert hatte. Im April 1919 verhandelte das Landgericht Mainz einen Prozeß gegen einen 20jährigen Schlosser aus Nieder-Olm und einen 18jährigen Arbeiter, die in der Nacht zum 8. Januar 1919 in eine Brennerei eingestiegen waren. Sie hatten Schreibpulte und Kassenschrank aufgebrochen und 4500 Mark sowie Zigaretten mitgehen lassen. Sie erhielten eine Gefängnisstrafe von einem bzw. einhalb Jahren „zur abschreckenden Warnung an alle lichtscheuen Elemente“, wie sich die Zeitung ausdrückte.²⁵

Die Chronik von Zornheim notiert ebenso nüchtern zu den Nöten der Nachkriegszeit: „Die Gemeinde half, so gut sie konnte. Die Beschäftigung Erwerbsloser für vier Mark je Tag wurde zugesagt (November 1918), die Genehmigung zur Versteigerung der Pappelbäume an der Un-

terpfortenstraße erteilt (Dezember 1918), dem Kriegsinvaliden N.N. eine Unterstützung von 100 Mark gewährt (Februar 1919), das Gesuch der ortsansässigen Schneider um besondere Kohlezuteilungen befürwortet (März 1919), das Eiereinsammeln zwei Kriegerwitwen übertragen (März 1920), verschiedenen Bediensteten eine Teuerungszulage gewährt (April 1920), sämtliche Gemeinderatsmitglieder und zwölf weitere Einwohner zur Aufsicht über die Gemarkung bestimmt (August 1920), die ehrenamtliche Leitung der Brotkommission festgestellt, deren Leiter der Lehrer Harrach war (Mai 1921), zwei bis drei Mann im Wechsel als nächtliche Streifen in der Gemarkung eingesetzt (August 1921).“²⁶

III. Die Neubestellung der Gemeindeorgane

1. Die Übergangszeit nach der Revolution

In allen Gemeinden amtierten zunächst die Gemeinderäte, Bürgermeister und Beigeordneten weiter, die während des Krieges im Amt waren. Allerdings stand dahinter ein Fragezeichen, denn Neuwahlen waren während des Krieges nicht abgehalten worden. Man hatte vielmehr durch Gesetz die Amtszeiten verlängert. Gerade die politische Lage erforderte jedoch jetzt unbestritten amtsfähige Organe.

In Nieder-Olm mußte wegen des Todes des Bürgermeisters Sieben Ende 1917 dringend eine Neuwahl angesetzt werden. Im Januar 1919 trat deshalb der Gemeinderat unter Vorsitz des Regierungsrates Werner vom Kreisamt Mainz zusammen. Beschlossen wurde, die Wahl eines Bürgermeisters und eines Beigeordneten in aller Kürze abzuhalten.²⁷ Die Ausführung des Beschlusses unterblieb jedoch zunächst.²⁸ Zu solchen politischen Aktivitäten mußte nämlich die Zustimmung der französischen Besatzungsmacht eingeholt werden. Ausweislich des Protokollbuches des Gemeinderates führte der Adjunkt Seibert weiter die Geschäfte des Bürgermeisters. Am 4. April 1919 wurde endlich im Gemeinderat das Ratsmitglied Jakob Eckes I als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters vorgeschlagen. Die Wahl fand noch im April statt, denn von da an erscheint seine Unterschrift im Ratsprotokollbuch.²⁹

2. Die Auflösung der Gemeinderäte

Aufgrund einer allgemeinen Anordnung der hessischen Staatsregierung wurden 1919 die kommunalen Organe als Folge der neu geschaffenen Verfassung aufgelöst: Gemeinderäte, Kreistage und Provinzialversammlungen. Die Auflösung wurde letztendlich zum Jahresende 1919 wirksam, Neuwahlen wurden für die letzten Monate des Jahres angeordnet.³⁰

Damit sollten nach der kriegsbedingten Verlängerung der Amtszeiten legale Verhältnisse hergestellt werden. Auch die Amtszeiten der Bürgermeister und Beigeordneten endeten am 1. 1. 1920.

Gewählt wurde nach dem bisherigen Wahlrecht, allerdings waren Frauen jetzt wahlberechtigt.³¹ Bürgermeister und Beigeordnete wurden von den wahlberechtigten Gemeindebürgern direkt gewählt, und zwar in getrennten Wahlgängen, die jeweils an einem unterschiedlichen Sonntag abgehalten wurden.

Die Gemeinderäte wurden nach den gesetzlichen Vorschriften in Listenwahl gewählt, das Ergebnis bestimmte sich nach dem Verhältniswahlsystem. Wurde nur eine Liste eingereicht, auf die man sich oft in vielen Gemeinden einigte, fand eine sog. „stille Wahl“ statt.³² Der Gang der Wähler zur Urne fiel damit aus. Heute tritt in diesem Fall die Persönlichkeitswahl in Form der Mehrheitswahl ein.

Im übrigen waren damals und bis zum Ende der Weimarer Republik die Gemeinden in der Festsetzung des Wahltermines frei, so daß in den einzelnen Orten an verschiedenen Sonntagen gewählt wurde. Lediglich der Gesamtzeitraum war festgelegt, in dem vor Ablauf der Amtszeit eines Rates, nunmehr in der Regel zum Jahresbeginn, die Neuwahl stattfinden mußte, so 1921, 1925 und 1929 jeweils in der Zeit von Oktober bis November.³³

3. Wahlen zum Kreistag und Provinzialtag

Während die Mehrzahl der Gemeinderäte 1919 offensichtlich in stiller Wahl gewählt wurde, gab es für Kreistag und Provinzialtag selbstverständlich die Konkurrenz der Parteien. Angesichts der französischen Besatzung setzten sich die Parteien in Rheinhessen jedoch für eine Einheitsliste ein, um die nationale Solidarität zu wahren und nicht durch Wahlkampf zu stören. Die politische Gesinnung der Bevölkerung sollte nicht

durch Aufspaltung der Meinungen zu Eingriffen der Franzosen anregen. Lediglich die linksstehende USPD wollte sich dieser Einheitsliste nicht anschließen.

Bei der Wahl zum Kreistag von Mainz erhielt die Einheitsliste der Vereinigten Parteien 26 Mandate, die USPD 4 Sitze. Aus dem Raum Nieder-Olm gehörten ihm damals an der Guts-pächter Sebastian Jöst aus Nieder-Olm, der Bürgermeister Jakob Christian Schreiber aus Klein-Winternheim sowie die Landwirte Otto Wolf aus Essenheim und Wilhelm Holl aus Stackeden.³⁴

Beim Provinzialtag erhielten die Vereinigten Parteien 37 der insgesamt 40 Sitze, die USPD drei. Der Landwirt Jakob Eckes I und der Unterassistent Heinrich Binz aus Nieder-Olm wurden in das Gremium gewählt.³⁵

4. Wahlen in den Gemeinden

Die restlichen Wahlen in den Gemeinden betrafen in der Regel die Ämter des Bürgermeisters und des Beigeordneten.

Die zehn Mitglieder des Gemeinderates Nieder-Olm standen am 27. 11. 1919 fest.³⁶ Am 23. 11. 1919 wurde zum Bürgermeister der Landwirt Jakob Sieben I und zwei Wochen später der Landwirt Jakob Eckes I zum Beigeordneten gewählt.³⁷

In Sörgenloch wurde der bisherige Bürgermeister, der Landwirt Jakob Berz II wiedergewählt.³⁸ Als Beigeordneter fungierte der Landwirt Nikolaus Heinrich Steib.³⁹

In Stackeden bestimmten die Wähler den Landwirt Wilhelm Holl zum Bürgermeister und den Bäckermeister Johann Dechent II zum Beigeordneten.⁴⁰

Bürgermeister in Klein-Winternheim wurde erneut durch Wiederwahl Jakob Christian Schreiber. Als Beigeordneter wurde Michael Eckert III bestellt.⁴¹

Aus der Bürgermeisterwahl in Essenheim ging der Landwirt Adam Schott II hervor, als Beigeordneter wurde Karl Adam Mossel gewählt.⁴²

Der Elsheimer Bürgermeister Krug, der schon vor dem Ersten Weltkrieg erstmals gewählt worden war, wurde ebenfalls wiedergewählt.

In Jugenheim war noch von der Kriegszeit her Bürgermeister Philipp Deutschmann im Amt, der auch bestätigt wurde. Als Beigeordneter fungierte J. W. Diehl. Als Bürgermeister Deutschmann

1921 ausschied, amtierte zunächst Diehl als Vertreter.⁴³

Der Ober-Olmer Bürgermeister Wohmann starb schon am 8. 9. 1919. Zunächst verwaltete der bisherige Beigeordnete Karl Bär II die Gemeinde, der auch in der Wahl als Bürgermeister folgte. Neuer Beigeordneter wurde Johann Philipp Schultheis.⁴⁴

Am 30. 11. 1919 wurde in Zornheim Philipp Zimmermann III als Bürgermeister gewählt, und zwar mit 308 Stimmen. Bei der Wahl des Beigeordneten siegte am 14. 12. Jakob Sieben X mit 245 Stimmen vor Heinrich Knußmann III, der 93 Stimmen erhielt.⁴⁵

5. Wahlprobleme in Zornheim

Die Neuwahl der Gemeinderäte im Jahre 1922 war in Zornheim mit besonderen Problemen verbunden. Hier gab es eine offensichtlich politische Auseinandersetzung mit anschließenden Einsprüchen gegen die Wahl vom 19. 11. 1922.⁴⁶

Für die Wahl waren zwei Wahlvorschläge eingereicht worden. Eine Liste führte Heinrich Sieben III an, die andere Liste Wilhelm Günther, der der einzige Bewerber auf seiner Liste war.

Offensichtlich nutzte eine Reihe von Zornheimer Wählern die Gelegenheit, zwischen zwei Listen wählen zu können, obwohl alles nicht nach ernsthafter Konkurrenz aussah. Vielleicht wollte man der bisherigen Gemeinderatsmehrheit Widerspruch ausdrücken. Deshalb erhielt die Liste Sieben 134 Stimmen, die Liste Günther, obwohl sie nur einen Bewerber aufwies, 72 Stimmen. Das war eine Stimmenverteilung von zwei Dritteln zu ein Drittel. Die noch vorhandenen Wählerlisten und ein Vergleich mit den Ergebnissen der Bürgermeisterwahl von 1919 zeigen im übrigen, daß fast zwei Fünftel der Zornheimer wahlberechtigten Bürger nicht zur Wahl ging. Auch damit drückten sich wohl Vorbehalte gegen die Liste Sieben aus.

Am Wahlabend bei der Auszählung stellte sich dieses sicher überraschende Ergebnis heraus. Damals mußte noch jede politische Gruppe selbst für die Herstellung der Stimmzettel sorgen, sie drucken lassen und den Wählern austeilen. Der Wähler legte im Wahllokal den Stimmzettel der von ihm ausgewählten Liste, der er seine Stimme geben wollte, in den amtlichen Wahlumschlag.

Der Wahlausschuß der Gemeinde erklärte nun bei der Liste Heinrich Sieben III 130 der 134 Stimmen für ungültig. Begründung war, daß auf diesen Stimmen hinter dem Namen Sieben das Beizeichen „III“ fehlte. Nur bei vier Stimmzetteln war es beigelegt gewesen. Rechtlich war mit diesem Fehler die Identität des Listenführers nicht zweifelsfrei, obwohl aus der öffentlich bekanntgemachten Liste politisch sicher zweifelsfrei war, wer die Liste anführte.

Aber auch alle 72 Stimmen der Liste Günther wurden für ungültig erklärt, weil den Stimmzetteln der vorgeschriebene Aufdruck „Gemeinderatswahl“ fehlte.

Die Motive dieser Entscheidung sind nicht überliefert. Vielleicht wollte man durch besondere Strenge den hohen Erfolg des Wilhelm Günther beseitigen, mußte dann aber auch die gleiche Strenge bei der Liste Sieben walten lassen. Formal reichten natürlich auch vier gültige Stimmen aus, das Wahlergebnis zu bestimmen. Sicherlich war aber bei der zum Ausdruck gekommenen Mißstimmung unter den Wählern dieser Weg nicht der beste.

Gegen die Entscheidung des Wahlausschusses erhob nun Günther Einspruch beim Kreisamt Mainz, das die Aufsicht über die Wahlen zu führen hatte.

Hinsichtlich des Wahlvorschlages Günther gab das Kreisamt dem Beschwerdeführer recht. Damit standen den 4 Stimmen der Liste Sieben 72 Stimmen der Liste Günther gegenüber. Die 130 Stimmen der Liste Sieben blieben ungültig, weil nach Auffassung des Kreisamtes die Person des Listenführers nicht zweifelsfrei gekennzeichnet gewesen sei. Dies war begründbar, weniger die zu dieser Entscheidung gefällte Meinung zur Sitzverteilung: einen Sitz erhielt Günther, acht Sitze statt bisher neun die Liste Sieben. Dieses Ergebnis widersprach nun dem Verhältnis der Stimmen, wie sie das Kreisamt als gültig angesehen hatte. Obwohl Günther einziger Bewerber seiner Liste gewesen war, konnte man diese Verteilung nicht recht einsehen.

Überdies ging nun der als nicht gewählt erklärte letzte Bewerber der Liste Sieben, Georg Bord, in den Widerspruch, den er vor dem Provinzialausschuß einlegte. Der Provinzialausschuß Rheinhessen kehrte nach einigen Beratungen zur Entscheidung des Gemeindevahlausschusses zurück, wohl, weil bei der Entscheidung über for-

male Verstöße jede Liste gleichbehandelt werden mußte. Die Liste Heinrich Sieben III nahm daraufhin mit vier gültigen Stimmen alle neun Sitze im Gemeinderat ein.⁴⁷

IV. Die politischen Wahlen in der Weimarer Republik I

1. Allgemeines

Um die politischen Verhältnisse in den neun Ortsgemeinden zu erfassen, eignen sich die Gemeinderatswahlen nicht. Auch wenn dort nicht „stille“ Wahl praktiziert wurde, sondern Listenwahl stattfand, waren diese letztlich an den Personen ausgerichtet, die zur Wahl standen. Konkurrierende Listen bei den Gemeinderatswahlen vermitteln durchaus den Eindruck politischen Wettbewerbs, so wenn etwa in Stackeden 1919 zwei und 1929 drei Listen gegeneinander standen.⁴⁸ Trotzdem waren dies Listen mit Persönlichkeiten, die nur in sehr begrenztem Umfang den bestehenden politischen Parteien zuzuordnen waren.

Die eigentliche Einsicht in die politische Struktur vermitteln die Ergebnisse der überregionalen Wahlen von 1919–1933, also zur Verfassunggebenden Nationalversammlung des Deutschen Reiches, zur Verfassunggebenden Hessischen Volkskammer, zum Reichstag ab 1920 und zum Hessischen Landtag ab 1921.⁴⁹

Unsere Betrachtung widmet sich zunächst den Wahlen bis 1927, weil damit ein gewisser Einschnitt erreicht ist. Es geht um die Phase der Staatsgründung, Inflation und Krise bis 1923, anschließend um die Jahre der Stabilität und wirtschaftlichen Konsolidierung bis 1929. Der Zeitraum des Niederganges der Weimarer Republik ab 1930 wird, anhand der Wahlergebnisse der Reichstagswahl 1928 als Ausgangspunkt, in einem späteren Abschnitt dargestellt.

Zunächst sticht beim großen Überblick hervor, daß aus der heutigen Verbandsgemeinde Nieder-Olm sich fünf Gemeinden hervorheben, die politisch eindeutig und oft mit absoluter Mehrheit vom *Zentrum* dominiert wurden. Der katholische Bevölkerungsteil war in seiner politischen Haltung stabil und vor allem aus historischen Gründen – Zugehörigkeit zum Hochstift Mainz – auf diese Orte konzentriert. Nieder-Olm und Ober-Olm waren deutlich überwiegend,

Klein-Winternheim, Sörgenloch und Zornheim fast ganz katholisch.

2. Das Parteiensystem

Das *Zentrum* war zusammen mit der SPD und der linksliberalen DDP Teil jener Weimarer Verfassungsmehrheit, die schon im letzten Reichstag des Kaiserreiches im Rahmen der auf mehr demokratische Rechte gerichteten Ziele zur Verstärkung des Parlamentarismus zusammengearbeitet hatte und der praktisch nach der Revolution die Staatsmacht zugefallen war. Diese drei Parteien hatten die absolute Mehrheit in der Weimarer Nationalversammlung und bestimmten als die sog. „Weimarer Koalition“ wesentlich das Aussehen der neuen Verfassung.

Diese Koalition regierte unter der unangefochtenen Führung der SPD als der stärksten Partei auch in Hessen bis 1931. Im Reich jedoch verlor sie schon 1920 bei den ersten regulären Reichstagswahlen ihre Mehrheit. Der Friedensvertrag, die Notverhältnisse und die Inflation hatten das Vertrauen in die Republik und die sie tragenden Parteien bereits stark untergraben. Deshalb trat ab 1921 im Reich (wie in Hessen schon seit 1919) die aus den Nationalliberalen hervorgegangene Deutsche Volkspartei (DVP) hinzu. Ihr streng national orientierter rechter Flügel versuchte zwar immer wieder, die Republik in Frage zu stellen, die DVP war deshalb vor allem am Anfang kein voll zuverlässiger Koalitionspartner. Aber unter der energischen Führung Gustav Stresemanns entwickelte sie sich zu einem für die demokratische Entwicklung insgesamt aufgeschlossenen und stabilisierenden Faktor.

Rechts und links dieser Parteienkonstellation kamen die zur Republik und zur Demokratie teilweise ganz radikal und fanatisch gegnerischen Kräfte zum Zuge – die Einrichtung des möglichen Parteienverbotes gab es in Weimar nicht. Auf der linken Seite gab es von 1919 bis 1922 die von der SPD nach links abgesplitterte USPD. Noch weiter links stand die KPD, die in der Fortsetzung der Revolution zu einer kommunistischen Einheitsgesellschaft nach russischem Vorbild ihr Ziel sah, das sie auch mit außerparlamentarischen und antidemokratischen Mitteln wie Streiks, Unruhen, Aufständen und Straßenkämpfen zu erreichen suchte.

Auf der rechten Seite gab es die DNVP, die Deutschnationale Volkspartei, die am deutlich-

sten die Traditionen des gestürzten Kaiserreiches und der Monarchie verfocht, verbunden mit dem Wunsch, die nationale „Größe“ des deutschen Reiches wiederherzustellen, auch in den alten Grenzen. Die Partei wandte sich gegen die Erfüllung des Friedensvertrages und der Reparationsabmachungen, agitierte mit den patriotischen Gefühlen der Menschen und stand der Demokratie sehr mißtrauisch, teilweise voll ablehnend gegenüber.

In Hessen war sie zunächst als Hessische Volkspartei aufgetreten, entwickelte in den mittleren Jahren der Weimarer Republik gemäßigte Züge, hatte sogar zeitweise eine Art „linken“ Flügel, bis 1928 Alfred Hugenberg die Führung übernahm. Mit einem stramm nationalistischen Kurs versuchte er, Agitation gegen die Republik schlechthin zu machen, um auf diese Weise die Anhängerschaft der Partei zu vergrößern.

Auch in dieses Lager einzurechnen war als Interessenpartei vorwiegend für einen Berufsstand der „Landbund“, der unter verschiedenen Bezeichnungen auftrat. Er hatte im Reich nie größere Bedeutung, als Hessischer Bauernbund oder Hessisches Landvolk hatte er aber in unserer Region beachtliche Wahlerfolge.

Eine kurzfristige Sache blieb die Volksrechtspartei, die vorwiegend die von der Inflation ma-

Wahl	ELS	ESS	JUG	KLW	NO	OBO	SÖ	STA	ZO
NV 1919	100,0	99,8	100,0	99,7	99,8	99,7	100,0	100,0	100,0
VK 1919	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,4	100,0	100,0	100,0
RT 1920	98,0	92,1	94,8	99,4	92,1	92,3	96,6	88,5	98,9
LT 1921	98,2	88,4	93,9	90,6	96,0	86,9	99,6	31,5	90,8
RT 1924 I	74,1	47,7	67,7	79,6	91,2	48,8	72,5	20,5	83,9
RT 1924 II	86,7	52,5	81,3	96,0	91,7	74,5	90,5	27,7	82,6
LT 1924	87,1	52,7	79,8	95,1	91,2	73,0	89,7	27,8	80,9
LT 1927	68,2	55,4	71,0	95,2	91,4	83,7	94,0	11,6	90,2

In der Region Nieder-Olm hatten bis 1927 die Weimarer Parteien grundsätzlich eine außerordentlich feste Basis. Die große Mehrheit der Wähler stand damals auf dem Boden von Republik und Demokratie. Allerdings ist ebenso recht früh das Abbröckeln des Vertrauens zu beobachten. Zählt man die DVP mit, so hatten die Weimarer Parteien 1919 überall Mehrheiten von über 80 % bis 100 %, in den folgenden Jahren zu meist von über 70 %.⁵¹

Eine Ausnahme machte zunächst schon 1921 bei der hessischen Landtagswahl *Stadecken*, weil dort die mit 56,3 % ursprünglich führende DVP im Jahre 1920 (Reichstagswahl) auf 18,4 % ab-

teriert Geschädigten sammeln wollte und in Hessen begrenzte Erfolge hatte.

Ebenfalls in Hessen zu beachten war die „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“, zumal deren Führer Professor Bredt aus Marburg kam. Sie blieb im ganzen auf einem gemäßigt rechten Kurs und arbeitete zeitweise auch in der Reichsregierung mit. Dieser Partei gehörte übrigens auch der einzige Nieder-Olmer an, der in der Weimarer Republik Reichstagsabgeordneter war. Es war der Tapeziermeister Franz Holzamer, der allerdings damals schon lange in Berlin ansässig war und für die Wirtschaftspartei im Wahlkreis Berlin bzw. Potsdam II von Mai 1924 bis Juli 1932 dem Reichstag angehörte. Es handelte sich um den jüngeren Bruder des Schriftstellers Wilhelm Holzamer; er war am 11. Oktober 1872 in Nieder-Olm geboren.⁵⁰

Daneben sind auf der radikalen Rechten neben vielen kleinen sektenhaften Gruppierungen die Nationalsozialisten Adolf Hitlers ab 1924 zu beachten, wenngleich in sehr geringer Stärke.

3. Die Situation im Raum Nieder-Olm

Für die Weimarer Parteien einschließlich der DVP gab es von 1919–1927 folgende prozentualen Anteile in den einzelnen Gemeinden:⁵⁴

sank.⁵² Offensichtlich radikal enttäuscht, wandten sich die Wähler hier dem bäuerlich radikalen Landbund zu. Bis 1927 wurden hier die Weimarer Parteien gerade wegen des Schrumpfens der liberalen Parteien DDP und DVP auf gerade 11,6 % reduziert. Zwischen 1920 und 1921 war die DVP erstmals in die Reichsregierung eingetreten und hatte sich vor allem als Interessenvertreter der Industrie dargestellt. Das Wahlergebnis von *Stadecken* zeigt an, daß die DVP 1919 noch als radikalere, gesamt-nationale Oppositionspartei verstanden worden war.

Ab 1924 sank auch in *Essenheim* die Mehrheit der verfassungstreuen Parteien unter bzw. knapp

über 50 % (Reichstagswahlen im Mai und Dezember 1924), auch hier durch das erfolgreiche Abschneiden des Landbundes bedingt.⁵³

Aus dieser Übersicht wird deutlich, daß die vom Zentrum beherrschten Gemeinden Hochburgen der Demokratie geblieben sind, aber auch, daß das Abbröckeln des Vertrauens schon 1920 einsetzte, aber 1924 als Folge der gerade eben überstandenen Rheinland- und Inflationskrise noch stärker wurde. Das Ergebnis eines 100 %igen Vertrauens in die Weimarer Parteien in fast allen Gemeinden 1919 einschließlich der DVP wurde übrigens erzielt, obwohl zwei weitere Parteien, die USPD und die Hessische Volkspartei, die spätere DNVP, ebenfalls kandidierten.

In den nicht vom Zentrum dominierten Gemeinden ruhte die Stabilität meist auf einer oder zwei der anderen Parteien. In *Essenheim* war die SPD 1919 mit 49,8 % bei der Nationalversammlung und mit 47,8 % bei der Hessischen Volkskammer stärkste Partei. Fast gleichauf folgte die linksliberale DDP mit 44,0 bzw. 45,8 %.⁵⁵ In *Jugenheim* dominierte 1919 die DDP mit 75,0 und 74,8 %.⁵⁶ Die DDP war auch die stärkste Partei in *Elsheim* mit allerdings nur 38,0 bzw. 37,2 %; daneben kam hier das Zentrum auf 30,0 bzw. 31,4 % und die SPD auf 21,3 bzw. 22,4 %.⁵⁷ Allein in *Stadecken* war die rechtsstehende DVP im Jahr 1919 stärkste Partei, mit 70,8 % bei der Wahl zur Nationalversammlung und mit 66,7 % bei der Wahl zur Hessischen Volkskammer.⁵⁸ In *Essenheim* und *Stadecken* gab es damals keine, in *Jugenheim* nur eine Stimme für das Zentrum.

Läßt man aus der Zusammenfassung der Weimarer Parteien die DVP heraus, so ändert sich allerdings an einigen Stellen das Bild deutlich.

Bei den Wahlen von 1919 gibt es dann nur noch in *Sörrenloch* ein 100 %iges Ergebnis für die Verfassungskalition. Ohne die DVP kommt nunmehr in *Stadecken* der Stimmenanteil der Weimarer Koalition 1919 nur noch auf 29,2 % bzw. 33,3 % und sinkt bis 1927 auf 10,2 %.

In *Jugenheim* betrug der Anteil der Weimarer Koalition 1919 noch rund 85 %, nahm aber 1920 auf 57,7 % ab, weil die DVP Zuwachs erfuhr und sank über 1921, 1924 und 1927 auf nur noch 32 %.⁵⁹ Auch in *Essenheim* fiel die Weimarer Koalition von 93,8 % im Jahr 1919 auf 51,0 % 1927, wobei sie 1924 einmal schon bei 48,5 % angelangt war.⁶⁰ In *Elsheim*, wo das Zen-

trum und die DDP stabil blieben, war der starke Rückgang der SPD von 21,3 % im Jahre 1919 auf 1,2 % im Jahre 1927 schuld an dem generellen Rückgang der Stimmenanteile der Weimarer Koalition.⁶¹

Es zeichnet sich also schon bei diesem allgemeinen Überblick ab:

- Stabilste Elemente der Weimarer Demokratie waren die Gemeinden mit hohem Anteil an Zentrumswählern.
- Es gab eine stabile SPD – mit Ausnahme von *Elsheim* –, wenn sie auch außer in *Essenheim*, *Nieder-Olm* und *Ober-Olm* mit Stimmenanteilen von unter 17 % wenig wirksam blieb.
- Der Zerfall des Vertrauens in die demokratischen Parteien beginnt mit der Inflationskrise von 1921.
- Dieser Zerfall ist in unserer Region spürbar und erkennbar, aber nicht für die Demokratie bedrohlich gewesen und war auch mit Ausnahme von *Stadecken* nicht in deutlichen Mehrheiten ausdrückbar.
- Die abgefallenen Wähler wenden sich, manchmal nach einer Zwischenstation bei der DVP, zu der noch weiter rechts stehenden DNVP, vor allem aber zum Landbund, der daraufhin in einigen Orten hohe Ergebnisse, wie in *Stadecken*, erzielte.
- Soziologisch beginnt der Vertrauenszerfall in den protestantischen Gemeinden mit hohem, altem liberalem Wählerstamm, also einem vom bäuerlichen Dorfbürgertum geprägten Bereich.

Freilich ist bei diesen prozentualen Zahlen Vorsicht geboten. So können sie die Anteile der Parteien und damit den Grad der Zustimmung unter den Wählern einer Gemeinde exakt wiedergeben. Das beantwortet auch die Frage, welche politischen Kräfte in einer Gemeinde maßgebend waren. Für die regionale Sicht sind allerdings die absoluten Zahlen und deren Zusammenfassung wichtiger, weil sie extreme Prozentanteile von Parteien in kleinen Gemeinden auf das rechte Maß reduzieren. Hatte der Hessische Landbund 1924 bei der Landtagswahl in *Jugenheim* 14,2 % der Stimmen erreicht, so waren das 36 Stimmen. Hinter 9,3 % für die gleiche Partei standen in *Elsheim* 24 Stimmen und hinter 7,8 % in *Klein-Winternheim* 25 Stimmen. In *Nieder-Olm* dagegen waren 1921 die 23 Stimmen für das Hessische Landvolk nur 2,8 %.⁶²

4. Die Wahlbeteiligung

Um die Wandlungen im Verhalten der Wähler deutlich zu machen, muß auch die Wahlbeteiligung kritisch betrachtet werden. Es zeigt sich nämlich, daß diese Wahlbeteiligung in der Wei-

Wahl	ELS	ESS	JUG	KLW	NO	OBO	SÖ	STA	ZO
NV 1919	85,0	79,7	79,1	93,7	91,2	79,4	88,0	77,9	88,8
VK 1919	82,4	80,5	72,4	94,2	87,3	73,0	80,2	55,4	87,7
RT 1920	64,1	27,1	37,9	79,5	73,1	60,4	72,9	43,3	80,0
LT 1921	48,5	47,3	40,5	80,6	63,4	50,7	70,7	54,4	59,8
RT 1924 I	50,0	71,0	49,2	78,0	66,9	62,0	53,1	62,9	59,7
RT 1924 II	61,7	61,0	41,8	76,0	73,8	58,3	64,8	66,3	69,0
LT 1924	61,7	61,3	41,8	76,0	73,8	58,3	64,5	66,3	69,0
LT 1927	45,4	29,4	25,7	66,6	60,6	40,4	43,5	32,3	50,5

Die Übersicht zeigt, daß die Abwendung von den Weimarer demokratischen Parteien und die Zuwendung zu radikaleren Parteien, vorwiegend der Rechten, mit einer Phase der Wahlenthaltung der Bürger zu tun hatte. Diese Zurückhaltung setzte schon in der Krise zwischen 1921 und 1924 ein und begleitete die ganze Erholungsphase der Republik bis 1929.

Wer also in jener Zeit in bestimmten Bevölkerungsschichten – liberale Tradition, bäuerlich geprägt, protestantisch – keine feste politische Orientierung besaß, der Republik auch kritisch bis ablehnend gegenüberstand, ging erst gar nicht zur Wahl. Dieses Vakuum an Zurückhaltung, an Nichtentscheidung des Wählers war der Raum, in den teilweise schon ab 1921, spätestens aber mit der Wirtschaftskrise 1929 die radikalen Parteien von rechts hineinstoßen konnten.

Besonders auffällig und beweiskräftig ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in *Jugenheim* (von 79,1 % im Jahre 1919 über 40,5 % auf 25,7 % im Jahre 1927), in *Essenheim* (von 79,7 % 1919 über 61 % auf 29,4 % im Jahre 1927) und in *Stadecken* (von 77,9 % 1919 über 66 % auf 32,3 % 1927). Das bedeutet: in diesen Orten ging 1927 nur noch ein Drittel der wahlberechtigten Bürger zur Landtagswahl – eine heute undenkbare Situation. Eine schweigende Mehrheit wollte sich damals gar nicht politisch ausdrücken, eine Partei nach ihren Vorstellungen gab es offensichtlich nicht. Bedenklich war überdies 1927 der Rückgang der Wahlbeteiligung in jenen Gemeinden, wo das Zentrum dominierte oder eine Rolle spielte, etwa in Ober-Olm auf 40,4 %, in Sörngenloch auf 43,5 % und in Elsheim auf 45,4 %.

marer Republik von sehr hohen Werten im Jahre 1919 teilweise sehr schnell abgesunken ist. Besonders die Landtagswahlen waren offensichtlich in den Augen der Wähler wenig bedeutsam und brachten niedrige Beteiligungszahlen. Die folgende Übersicht macht dies deutlich.⁶³

5. Die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden

Deutlich unterschiedlich von Gemeinde zu Gemeinde wird aber das Bild, wenn man einen Blick auf die einzelnen Gemeinden und ihre Wahlergebnisse wirft – die Analyse wird aber bestätigt.

In *Elsheim*⁶⁴ gingen 1919 über 80 % der Wähler zur Wahl und wählten allein die demokratischen Parteien SPD, DDP und Zentrum, die DVP war viertstärkste Partei. Schon bei der Reichstagswahl 1920 blieben rund 100 Wahlberechtigte weg, die SPD verlor 70 und die DDP 45 Stimmen. 10 Stimmen gewann die DVP hinzu, waren also nach rechts gewandert, der Rest entschloß sich zur Enthaltung. Bei geringerer Wahlbeteiligung verlor die DDP 1921 noch einmal 44 Stimmen, auch das Zentrum verlor fast 60 Stimmen. Die DVP stieg erneut um 28 Stimmen, der Landbund erhielt erstmals 5 Stimmen, der Rest von rund 80 Stimmen blieb der Wahl fern. Dies war ein eindeutiger Abschwung für die Weimarer Koalition; wer bei aller Kritik wählte, tendierte zur DVP Stresemanns.

1924 gab es drei Wahlen, zum Reichstag im Mai und noch einmal im Dezember, dazu im Dezember gleichzeitig eine Landtagsneuwahl. Die eben überstandene Inflationskrise brachte die Wahlbeteiligung wieder über 60 %. Die SPD konnte ihre Position als viertstärkste Partei nicht mehr verbessern, sie erhielt rund 20 Stimmen. Die DDP gewann wieder 30 Stimmen hinzu, das Zentrum rund 35. Das waren vermutlich bisherige Nichtwähler, aber nicht alle. Die DVP verlor nun rund 40 Stimmen, die sich zumeist beim Landbund und den Deutschnationalen wiederfin-

den – die Wähler waren also nach der Zwischenstation DVP nach rechts in die Opposition gewandert. Die maßgebende Beteiligung der Partei Stresemanns an der Regierung und an der Bewältigung der Krise 1923 aus durchaus staatsertreuenden Motiven heraus wurde also von den Wählern nicht gebilligt.

1927 setzte sich die Wählerwanderung nach rechts bei geringerer Wahlbeteiligung fort – die DNVP verlor und der Landbund hielt sich, die neu aufgetretene Volksrechtspartei bekam nun 40 Stimmen. Die nationale Opposition der Wähler war also nicht fest an eine bestimmte Partei dauerhaft gebunden. Die SPD ging 1927 auf 3 Stimmen zurück, den Rest eroberte die KPD. Die Wahlenthaltung ging offensichtlich zu Lasten der DVP und der DDP, auch ein wenig des Zentrums. Zwar verkörperten die Wähler der Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und DDP mit zusammen 158 Stimmen immerhin noch 58 % der Wähler. Aber wenn man die bewußt der Wahl ferngebliebenen Wähler einbezieht, standen von 568 Wahlberechtigten noch 27,8 % zur demokratischen Republik – der Rest blieb distanziert oder stand auf der Seite der radikal oppositionellen Parteien.

In *Stadecken*⁶⁵ verwirrten sich schon 1919 die Verhältnisse – die beiden rasch, innerhalb einer Woche aufeinanderfolgenden Wahlen zur Nationalversammlung und zur Hessischen Volkskammer zeigten sehr unterschiedliches Wählerverhalten. Innerhalb dieser einen Woche wechselten rund 195 Wähler ihr Votum, 142 weniger gingen zur Wahl. Die Wahlbeteiligung sank damit von 77,9 % auf 55,4 %.

Die rechtsliberale DVP hatte zur Deutschen Nationalversammlung 351 Stimmen oder 70,8 % erhalten, die DDP 62 Stimmen oder 12,5 %, die SPD 83 Stimmen oder 16,7 %.

Acht Tage später verlor die SPD 80 Stimmen, die DVP 115.

Man kann zu diesem Meinungswechsel nur zwei Vermutungen anstellen: Entweder gingen alle SPD-Verluste und ein Teil der Verluste der DVP in die Wahlenthaltung, während der Rest der DVP-Verluste zur DDP umschwenkte. Oder der größte Teil der verlorenen Stimmen der SPD ging an die DDP, ein Teil kam noch von der DVP, der Rest der DVP-Wähler ging in die Wahlenthaltung.

Die folgenden Wahlen von 1920, vor allem von 1921, legen nahe, daß die zweite Vermutung zutrifft. Denn für die nationalradikal oppositionellen Wähler gab es zunächst, 1919, aber auch 1920, keine Partei, die ihnen gefiel. Die DVP verlor 1920 erneut rund 80 Stimmen, davon eroberte die weiter rechts stehende DNVP nur rund 30. Der Rest der Wähler entschloß sich, wie schon ein beträchtlicher Teil bisheriger DDP-Wähler (60 Stimmen) zur Enthaltung. 1921 verloren DDP und DVP zusammen noch einmal 120 Stimmen.

Es gab aber 1921 mit 54,4 % eine höhere Wahlbeteiligung – eine rechtsstehende Konkurrenzpartei stand nämlich zur Verfügung, der Hessische Landbund. Er eroberte auf Anhieb 1921 246 Stimmen oder 68,5 % der Wähler. Während die SPD bis 1924 noch einige Stimmen von der schwindenden DDP gewinnen konnte, setzte sich der Niedergang der liberalen Parteien, nunmehr vor allem der DVP, 1924 fort.

Landbund, DNVP und neu die Volksrechtspartei als rechte Opposition kamen nunmehr auf zusammen 327 Stimmen, wovon das Landvolk allein 291 erhielt. Die höhere Wahlbeteiligung 1924 kam praktisch allein dieser Partei zugute.

In *Stadecken* hatte eine zum Nationalismus tendierende nationalliberale Tradition sich also nach einer demokratischen „Schrecksekunde“ 1919 wieder durchgesetzt. Aber auch hier waren diese Wähler nicht sehr fest an eine bestimmte rechte Partei gebunden, ihr Schwanken ist noch 1927 erkennbar, wenn Verluste des Landbundes eintreten und diese nun der DNVP und der Volksrechtspartei zugute kamen.

DVP und DDP erhielten 1927 zusammen nur noch 20, die SPD noch 5 Stimmen – der Rest der Wähler hatte sich wieder in die Wahlenthaltung ergeben.

Eine ähnliche Situation finden wir in *Essenheim*.⁶⁶ Hier waren 1919 bei beiden Wahlen SPD und DDP mit zusammen über 90 % der Stimmen erfolgreich. Die DVP erhielt gerade 6 %. Diese sozialdemokratisch-linksliberale Mehrheit verwandelte sich 1920 bei einer auf 27,2 % gesunkenen Wahlbeteiligung in eine Mehrheit von über 60 % für DDP und DVP. Auch die Deutschnationalen errangen erstmals 8 %. Die Sozialdemokraten verzeichneten einen halbierten Wähleranteil. Da von 40 Stimmen der

DVP 12 abgewanderte Stimmen wohl zur DNVP gingen, kann man die tatsächlichen Stimmenverluste von SPD und DDP von rund 250 und 155, also zusammen rund 400 Stimmen als Abgang in das Lager der Nichtwähler beschreiben.

1921 bei der Landtagswahl waren die Stimmenverhältnisse ähnlich bei etwas besserer Wahlbeteiligung. Die Rückkehr von rund 160 Nichtwählern wirkte sich in einer zahlenmäßigen Verbesserung aller Parteien, aber auch in einem deutlichen Ruck nach rechts aus. Die DDP verlor 7 %, DVP und Landbund gewannen, letzterer auf Antrieb knapp 12 %.

Diese Rechtswendung setzte sich auch bei den drei Wahlen von 1924 fort. Bei höherer Wahlbeteiligung fielen die liberalen Parteien DDP und DVP auf zusammen knapp 15 % zurück, der Hessische Landbund stieg auf Werte um 50 %. Die Wahl von 1927 brachte bei rund 30 % Wahlbeteiligung keine prozentuale Verbesserung für SPD, DDP und DVP, lediglich die rechten Wählerstimmen – die Hälfte – teilte sich nunmehr zwischen Landbund, Deutschnationalen und Volksrechtspartei.

Auch hier zeigt sich also eine eher unmotivierte Wahl der demokratischen Parteien im Jahre 1919, die danach über Wahlenthaltung zu einer starken Rechtswendung unter den Wählern führte, freilich auch hier mit Anzeichen einer schwachen Bindung an die gewählten Parteien. Die erneute Aufsplitterung auf der Rechten 1927 und das Auf und Ab von Engagement und Wahlenthaltung beweist dies deutlich.

In *Jugenheim*⁶⁷ dominierten zunächst 1919 ganz stark die liberalen Parteien, die linksliberale DDP mit rund 75 % und die nationalliberale DVP mit 15 % der Stimmen; die SPD kam knapp auf 10 %, das Zentrum spielte mit einer Stimme keine Rolle.

Schon 1920 sank hier die Wahlbeteiligung auf unter 40 % und blieb dann 1921 und 1924 um 40 %, nur im Mai 1924 stieg sie auf fast 50 %. 1927 bei der hessischen Landtagswahl gingen gerade noch 25,7 % der Wahlberechtigten zur Wahl.

Der Zerfall des Liberalismus, der Vertrauensverlust bei seinen Wählern und die teilweise Wanderung dieser Wähler nach rechts ist hier besonders gut zu zeigen.

Schon 1920 gab es rund 200 Wähler weniger als 1919, die DDP verlor rund 220 Stimmen, die SPD 15. Von den rund 35 Stimmen, die aus den Verlusten nicht zur Wahlenthaltung übergingen, kamen 11 den Deutschnationalen, der Rest der DVP zugute. Diese Partei konnte sich auch 1921 noch einmal auf rund 140 Stimmen, also über 50 mehr, verbessern.

Während SPD und DDP 1924 bei 10 % und 24 % stagnierten, verlor die DVP einen Teil ihrer Wähler von 1921 wieder. Sie wanderten nach rechts, 66 zum Landbund (Mai 1924), 16 zu den Deutschnationalen. Schon im Dezember 1924 halbierten sich die Landbundstimmen wieder, diese Wähler gingen nicht zur Wahl. Dieser Prozeß der Distanzierung durch Wahlenthaltung setzte sich 1927 fort, als die DVP erneut um 40, die DDP um 25 und die SPD 18 Stimmen abnahmen. Das Landvolk seinerseits verlor 30 Stimmen, sie gingen an die Deutschnationalen und die Volksrechtspartei.

Auch hier also das Ergebnis einer Auflösung des liberalen Wählerstammes, Rückzug in die Wahlenthaltung, stufenweise, aber nicht konstante und stabile Wendung zur rechten Opposition.

Mit *Elsheim* ist die Situation in *Ober-Olm*⁶⁸ am ehesten vergleichbar. Auch hier gab es anfangs grundsätzlich eine stabile Anhängerschaft des Zentrums, die immer über 30 %, bei manchen Wahlen auch über 50 % lag (1919 über 60 %). Zweitstärkste Partei war, von Ausnahmen abgesehen, die SPD, die sich auf einen sicheren Wählerstamm von 20 % stützen konnte. Die DVP war mit regelmäßigen Anteilen von 1–3 % unbedeutend, die DDP kam kaum über 8 % hinaus.

Trotz dieser ständig gleichbleibenden Faktoren schwanken in *Ober-Olm* die Ergebnisse von Wahl zu Wahl stärker hin und her, extreme Ausschläge treten auf und auch SPD und Zentrum blieben davon nicht verschont, mußten also zeitweise Einbußen hinnehmen.

Die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP verfügte nicht nur 1919, sondern auch 1920 noch über rund 90 % der Stimmen. Hier in *Ober-Olm* war 1920 auch die Wahlbeteiligung nicht so stark abgesunken wie in *Essenheim*, *Jugenheim* und *Stadecken*.

Auch 1921, bei einer Wahlbeteiligung von rund 50 %, verschob sich noch nichts Wesentliches. Lediglich die SPD verlor 7 % an die weiter

links stehende USPD. Die Wahlenthaltung traf alle Parteien ziemlich gleichmäßig.

Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 radikalisierte sich aber in *Ober-Olm* die Wählerschaft. Links gewannen die Kommunisten mit 78 Stimmen 13,8 % und wurden damit drittstärkste Partei noch vor der SPD mit 11,8 %.

Auf der rechten Seite des Parteienspektrums stieg der zum zweiten Mal nach 1921 auftretende Landbund auf fast 200 Stimmen oder 34,1 %. Die Mitte – das waren nun nur noch 48,8 % der Wähler.

Von der Bewegung nach rechts, zum Landbund hin, waren in diesem Falle neben bisherigen Nichtwählern offensichtlich auch bäuerliche Wähler des Zentrums erfaßt. Denn bei den Wahlen zum Landtag und Reichstag im Dezember 1924 verlor der Landbund wieder rund 150 Stimmen, nur 20 blieben bei den Deutschnationalen. Der Rest muß – da es nur 25 Wähler weniger gab – dem Zentrum zugute gekommen sein.

Der Trend zur Mitte – weg von den radikalen Ausschlägen vom Mai 1924 nach rechts und links – setzte sich übrigens 1927 fort. Bei nur 40 % Wahlbeteiligung waren alle Parteien von der Abstinenz der Wähler betroffen, aber der Rückgang bei Landbund und DNVP auf zusammen 10 % und bei den Kommunisten auf 4 % war deutlich.

Die Mitte war also wieder gestärkt worden, aber nur scheinbar. Die Wahlenthaltung verbergte viele offensichtlich unsicher herumirrende Wählerstimmen, der Trend zu extremen Parteien blieb in *Ober-Olm* immer latent vorhanden.

Einfacher sind die restlichen vier Gemeinden zu beschreiben, in denen das Zentrum dominierte.

In *Klein-Winternheim*⁶⁹ hielt sich das Zentrum bei allen Wahlen bis 1927 bei über 80 %, nur einmal, im Mai 1924, mußte es sich bei der Reichstagswahl mit 76,8 % begnügen. Die Schwankungen in der Wahlbeteiligung waren hier auch viel geringer, sie sank nur 1927 mit 66 % unter die normalen Werte, die immer um 75 % und weit darüber lagen.

Bei den kleinen Stimmzahlen für die anderen Parteien und der relativ stabilen Wahlbeteiligung läßt sich die Wählerwanderung leichter sichtbar machen.

Bei den Wahlen von 1921 zum hessischen Landtag verschoben sich gegenüber der Reichstagswahl von 1920 insgesamt 28 Stimmen. Daß

2 Wähler mehr als 1920 wählten, fällt kaum ins Gewicht. Aber Zentrum und DDP büßten zusammen 23 Wähler ein, der Landbund gewann erstmals 25 Stimmen.

Von 1921 bis 1924 gab es einen ähnlichen, etwas stärkeren Prozeß. Die USPD verlor 4 Stimmen, die SPD 11, das Zentrum 59. Eine Stimme verlor die DNVP, die DVP gewann eine, zwei der Völkisch-Soziale Block, zwei Stimmen gewann die KPD und zwei die DDP. 27 Wähler votierten mehr für den Landbund. Von den insgesamt 75 Stimmen, die weniger für USPD, SPD, Zentrum und DNVP abgegeben wurden, gingen rund 40 in das Lager der Nichtwähler über, der Rest verstärkte die Rechte.

Das vagabundierende Stimmenpotential kehrte übrigens 1924 bei den Dezemberwahlen und auch 1927 im Zeichen der Stabilisierung der Demokratie wieder zur SPD, vor allem aber zum Zentrum zurück.

Auch hier zeigt sich aber, wenngleich viel gemäßigter und ohne die stabile Mehrheitsposition des Zentrums zu stören, daß alte liberale Wähler, aber auch ein geringer Teil der Zentrumswähler für die bäuerlich-ständische und nationale Richtung zu gewinnen war.

Fast identische Beobachtungen wie für *Klein-Winternheim* kann man in *Sörngenloch*⁷⁰ machen. Allerdings gibt es kleine, charakteristische Unterschiede.

Die Wahlbeteiligung sank in *Sörngenloch* ab 1921 unter 70 % und erreichte 1927 nur 43 %.

Das schmälerte die auch hier dominierende Stellung des Zentrums nicht – 1927 entfielen auf diese Partei 91 % der Stimmen. Aber auch bei den übrigen Wahlen lag sie zwischen 78 und 90 %. Nur im Mai 1924 mußte sie sich mit knapp 60 % begnügen.

Daß hier ein ähnlicher Reflex der wenigen liberalen und eines Teils der katholischen Wähler nach rechts eintreten konnte, zeigen die 52 Stimmen oder 26,5 %, die der Landbund im Mai 1924 in *Sörngenloch* eroberte. Was in *Klein-Winternheim* über zwei Wahlen hinweg langsam sichtbar wurde, vollzog sich hier abrupt im Mai 1924. Auch hier ist feststellbar die zahlenmäßig begrenzte Wahlenthaltung, auch hier das Vagabundieren eines kleinen liberalen Wählerstammes ab 1919. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 erhielt die DDP 7,3 %, die SPD stieg acht Tage später bei der Wahl zur hessischen

Volkskammer auf 13 %, die DDP sank auf 1,5 %. 1920 sank dagegen die SPD wieder auf 7,6 %, die DVP erhielt statt dessen 5 %, hielt sich dabei 1921 und verschwand 1924, beim Auftreten des Landbundes völlig.

Das stabile Bild einer deutlichen Zentrums-mehrheit prägt auch *Zornheim*.⁷¹ Die Wahlbeteiligung sank nie unter 67 %, nur 1927 erreichte sie lediglich 50 %. Die Stimmenanteile des Zentrums lagen unangefochten zwischen 72 und 90 %. Die SPD, hier eine Partei von 30–40 Stimmen oder 4–8 %, hatte nur 1919 mit rund 70 Stimmen oder rund 14 % eine stärkere Stellung. Die liberalen Parteien DDP und DVP blieben unbedeutend, unter 2 %, aber zeitweise auch ohne Stimmen. Deshalb ist hier klarer zu erkennen als in Klein-Winternheim, aber auch in Sörgenloch, daß das Auftreten des Landbundes 1921 und 1924 mit 34 bzw. 51 und 72 Stimmen (zwischen 9 und 18 %) von einem freilich kleinen Teil der Wähler des Zentrums unterstützt wurde. Auch im katholischen Wählerverhalten waren also bei einer Minderheit die Sympathien für eine bäuerliche Interessenpartei mit nationalem Einschlag vorhanden.

Die Struktur der Wahlen in der Gemeinde *Nieder-Olm*⁷² zeigt im Kern das gleiche Bild. Die Wahlbeteiligung, 1919 mit 90,7 % sehr hoch, sank nie unter 63 %, nur 1927 blieb sie mit 59,4 % knapp darunter.

Das Zentrum als stärkste politische Kraft – übrigens bis zum Ende der Republik – erreichte in allen Wahlen bis 1927 Anteile zwischen 50 und 65 % der Wählerstimmen.

Daneben ist *Nieder-Olm* – neben *Ober-Olm* – die einzige Gemeinde, in der die SPD eine dauerhafte und feste Basis besaß. Sie kam zwar nie über 30 % hinaus, blieb aber bei allen Wahlen auch über 20 % der Stimmen, ausgenommen die Landtagswahl 1927, bei der sie nur 15,6 % der Stimmen erreichte, offensichtlich wegen geringerer Beteiligung ihrer Wähler an der Wahl.

Mit diesen beiden Parteien war bei allen Wahlen bis 1927 ein stabiler, demokratischer Block von 78 bis 85 % vorhanden, der auch bei geringerer Wahlbeteiligung nicht sehr schwankte.

Die beiden liberalen Parteien DVP und DDP kamen zusammen auf maximal 16 % der Stimmen, zum Schluß der hier untersuchten Periode 1927 waren es noch 12 %, wobei einmal die DDP, einmal die DVP der stärkere Teil war.

Eine Rechte außerhalb dieses Spektrums gibt es erst von der Landtagswahl 1921 an. Diese Wählergruppe wurde aber nie besonders stark, 5,6 % für das Landvolk 1924 und 2,9 % für die Deutschnationalen wurden nicht überschritten. Die mangelnde feste Bindung der nach rechts tendierenden Wähler wird auch hier sichtbar, wenn 1927 der Landbund noch 0,6 % bekam, die neu aufgetretene Volksrechtspartei aber 3,6 %; die Stimmen für diese sehr begrenzte rechte Opposition kamen bis 1924 teils aus dem liberalen Lager, teils von Nichtwählern. Im übrigen konnte sich 1924 auch erstmals die kommunistische Partei mit 1,4 % bemerkbar machen.

Das anfangs gezeichnete Gesamtbild wird also durch die Einzelanalyse bestätigt. Das Bekenntnis zur Weimarer Koalition war nur 1919, teilweise auch 1920 und 1921 noch stark – überall da, wo das Zentrum stark war und eine begrenzt erfolgreiche SPD auftrat. Die in manchen Orten hohen Anteile liberaler Wähler flüchteten in die Wahlenthaltung, schlossen sich aber auch immer wieder in wechselnder Stärke verschiedenen Parteien der rechten „nationalen Opposition“ an. Insbesondere der Hessische Landbund war zeitweise darin sehr erfolgreich, indem er gelegentlich aufgrund seiner bäuerlichen Interessenausrichtung auch dem Zentrum Wähler abspenstig machen konnte.

V. Zwischen Krise und Erholung 1921–1929

1. Die Inflation 1921/1923

Von 1921 an beschleunigte sich in Deutschland die Inflation der Währung zunehmend. Diese Geldentwertung durch Geldvermehrung drückte sich für die Bevölkerung in einer rasch schneller werdenden Preissteigerung aus. Gegenüber den ausländischen Währungen bedeutete sie, daß die Mark stufenweise an Wert verlor, zum Schluß praktisch gar nichts mehr wert war.

Im Jahre 1923, als die Reichsregierung den passiven Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung ausrief und finanzieren mußte⁷³, ließ man bewußt die Währung verfallen. Der Wert der Mark sank von Monat zu Monat, dann von Woche zu Woche immer schneller, dann zum Schluß, im Oktober und November 1923 praktisch von Tag zu Tag. Die Preise stiegen in fast

nicht in Zahlen ausdrückbare Billionenhöhe. Löhne mußten ebenfalls dauernd erhöht und täglich ausgezahlt werden, weil sonst das Geld am nächsten Tag so viel weniger Wert war, daß der Lohn nutzlos wurde.⁷⁴ Der Wert der Reichsmark sank gegenüber dem Dollar von 9000 Mark im November 1922 über 353 000 Mark im Juli 1923, 4 600 000 Mark im August, 22 Milliarden Mark im Oktober und 4,2 Billionen Mark im November 1923.⁷⁵

Ein Beispiel für die Entwicklung der Preise: Das Porto für einen einfachen Brief betrug im Oktober 1918 noch 15 Pf., im Mai waren es 40 Pf., im April 1921 60 Pf.

Im Januar 1922 stieg das Briefporto auf 2 Mark, im Juli desselben Jahres auf 3 Mark; im Oktober 1922 wurden 6 Mark, im November 10 Mark, im Januar 1923 50 Mark und im März 100 Mark verlangt. Im Juli 1923 waren dann 300 Mark, im August am Monatsanfang für einen Brief 1000 Mark und am Monatsende 20 000 Mark verlangt, Ende September 250 000 Mark, am 1. Oktober schon 2 Millionen, am 10. Oktober 5 Millionen und am 26. November 1923 80 Milliarden Mark.⁷⁶

Bei der Währungsumstellung auf Rentenmark Ende November 1923 entsprachen 10 Milliarden der alten Mark 1 Pfennig der neuen Rentenmark. Alle Besitzer von Spar- und Geldbeträgen, bei denen Ende 1918 2000 Mark noch einen bedeutenden Wert dargestellt hatten, waren durch die Inflation praktisch enteignet worden. Nur der Besitz an Sachwerten hatte seinen Wert behalten. Da aber bei vielen Bürgern die tatsächlichen Einnahmen aus Löhnen oder freiberuflichem Verdienst nicht rechtzeitig dem Tempo der Teuerung folgen konnten oder eingingen, mit den Ausgaben durch die Teuerung also nicht Schritt halten konnten, waren viele Menschen einfach – um die Güter des täglichen Bedarfs kaufen zu können – auf den Verkauf ihrer Sachwerte angewiesen. Der Schock dieser vorher nie gekannten Inflation mit ihren Verarmungsfolgen saß tief in der deutschen Bevölkerung und hat auch das Verhalten in der Wirtschaftskrise von 1929 an verständlicherweise ganz stark bestimmt.

In den Ortsgemeinden waren diese Entwicklungen natürlich auch zu spüren, mit nachhaltigen Folgen. Beispielsweise mußte im September 1923 in *Jugenheim* der Gemeinderat den Bürgermeister ermächtigen, Geld aufzunehmen bei einer

Bank, um die Beschaffung von Kohle für die Heizung der Schule möglich zu machen.⁷⁷

In *Zornheim* wurde am 19. Dezember 1921 das Feuereimergeld auf 10 Mark erhöht, am 1. April 1922 auf 500 Mark und im Juni 1923 auf 20 000 Mark. Der über den Mindestverbrauch hinausgehende Mehrverbrauch an Wasser mußte 1920 mit 1,20 Mark je Kubikmeter bezahlt werden, ab 9. Oktober 1921 mit 2,50 Mark, ab Oktober 1922 kostete jeder Kubikmeter Wasser einheitlich 80 Mark. Wenn dieser Preis nicht 1923 weiter erhöht worden wäre, so hätte am Ende der Inflation, in neuer Währung gerechnet, der Kubikmeter Wasser noch 0,000 000 08 Pfennig gekostet. Die Gemeinde mußte also der Preissteigerung folgen, zum Schluß kam sie mit den Preiserhöhungen nicht mehr nach.⁷⁸ Kein Wunder übrigens, daß trotz des Verbotes durch die französische Besatzungsmacht ausländische Währungen, allen voran der amerikanische Dollar, aber auch der Schweizer Franken, der holländische Gulden, das englische Pfund und der belgische Franc als illegale, aber wenigstens stabile Währung im Umlauf waren, die sogenannte „bunte“ Währung.

Die ohnehin steuerschwache Gemeinde *Sörgenloch* mußte bereits 1920 einen Kredit von 50 000 Mark für die Bestreitung laufender Ausgaben aufnehmen.⁷⁹ Die Vergütung der ehrenamtlichen Gemeindebeamten war in dieser Zeit fast dauernd auf der Tagesordnung der Gemeinderäte. Die ehrenamtlichen Bediensteten der Gemeinden, wozu auch die Bürgermeister rechneten, übten ihre Aufgaben neben ihrem normalen Beruf aus. Wegen des Arbeitsaufwandes wurde ihnen aber ein Gehalt gezahlt, das der Gemeinderat festsetzen mußte.

In *Sörgenloch* stieg zum Beispiel die Entschädigung des Bürgermeisters von 1500 Mark im Jahr 1920⁸⁰ auf 5000 Mark im Jahre 1921⁸¹ und 7000 Mark 1922 an.⁸² Von da an wurde sie der Einfachheit halber an die laufend zu ändernde Besoldung der Reichsbeamten angehängt, weil der Gemeinderat so schnell gar nicht mit Erhöhungen reagieren konnte, wie die Inflation abließ.

Allerdings war der Rat angesichts der schlechten Zeiten auch nicht immer bereit, so schnell eine Erhöhung zu bewilligen. Am 13. November 1921 heißt es im Protokoll: „Der Gemeinderat beschließt keine weitere Teuerungszulage für die Gemeindebeamten, da alle nicht als Vollbeschäf-

tigte gelten und alle landwirtschaftlichen Grundbesitz haben, die Teuerung sich bei ihnen also nicht in dem Maße bemerkbar macht.⁸³ Das zuständige Mainzer Kreisamt erhöhte die Vergütung dann als Aufsichtsbehörde, aber der Gemeinderat beschwerte sich heftig dagegen, weil dies zu einer unerträglichen Steuerbelastung führte.⁸⁴

Auch hier schlug die Inflation auf die – wenigen – Einnahmequellen der Gemeinde durch. Beispielsweise betrug der Preis für ein Erbbeergräbnis auf dem Friedhof am 11. März 1923 10 000 Mark. Als dieser Betrag weniger als 1 Pfennig wert war, wurde er am 8. Oktober 1923 auf 500 Millionen Mark festgesetzt.⁸⁵ Nach dem Ende der Inflation wurde dann endgültig der Preis auf 20 Goldmark festgesetzt.⁸⁶ In Zornheim war auf dem Höhepunkt der Inflation der Gemeindegeldverkauf worden. Bei der Abrechnung stellte der Gemeinderat als Einnahmeergergebnis dann „667 Billionen 855 Milliarden“ Mark – in Zahlen: 667 855 000 000 000 – fest. Das waren dann in neuer Währung 667,85 Rentenmark.⁸⁷

Ein Beispiel für die Entwicklung der Preise zur damaligen Zeit liefert ebenfalls anschaulich die Chronik von Zornheim: Am 31. Dezember 1922 kostete ein Doppelzentner Hafer oder Gerste 24 000 Mark, ein Doppelzentner Kartoffeln 500 Mark. Für einen Zentner Kleeheu zahlte man im Juli 1923 65 000 Mark. Die Pacht für Pflanzfelder betrug 1922 8750 Mark je Morgen, in den Ochsenwiesen kostete ein Morgen 5000 Mark Pacht. Das Schulgut brachte insgesamt 140 000 Mark, wobei der Morgen Ackerland mit 5000 Mark, der Morgen Weinberg mit 50 000 Mark zu Buche schlug, also dem Zehnfachen des Ackerlandes. Im September 1923 wurden dann auch Naturalien als Preis entrichtet. Die Gemeindeumlage 1923 betrug zunächst 1923 das 300fache des Betrages von 1922.⁸⁸ In Sörgenloch, wo man das gleiche beschloß, stieg die Umlage zum 31. Oktober 1923 auf das 50 000fache, am 8. 12. 1923 auf das 100 000fache des Betrages von 1922. Trotz der sofort erhobenen Inflationszuschläge verloren die eingehenden Gemeindesteuern so rasch an Wert, daß Zahlungen nur sehr schwer geleistet werden konnten.⁸⁹

In Sörgenloch beschloß der Gemeinderat – eine der Aushilfen – am 31. Oktober 1923, die

Gemeinde solle als Anteilseigner der Hessischen Landesbank beitreten. Das brachte vermutlich eine günstigere Möglichkeit, Geld aufzunehmen. Der Bürgermeister wurde zur Kreditaufnahme ermächtigt, den Betrag ließ man aber offen, weil bei der täglich steigenden Inflation der benötigte Betrag gar nicht kurzfristig genannt werden konnte.⁹⁰

2. Die Erholung ab 1924

Ende des Jahres 1923 begannen die Maßnahmen der Regierung Stresemann zu wirken, die die Inflation eindämmen sollten und deren wichtigste die Einführung der Rentenmark als Ablösung der Reichsmark war. Sie setzte sich in den folgenden Wochen als endgültige, neue und stabile Währung durch. Löhne und Preise, Steuern und Gebühren wurden neu festgesetzt.

So betrug, um ein anderes Beispiel zu wählen, ab 1924 der durchschnittliche Arbeitslohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters 600 bzw. 750 bzw. 900 Mark jährlich.⁹¹ Dieses Einkommen entsprach zwar den vergleichsweise niedrigen Preisen und Lebenshaltungskosten sowie der Verpflichtung der den Arbeiter beschäftigenden Bauern, gegebenenfalls Kost und Logis zu stellen. Dennoch reichte dieser Betrag nur für einen begrenzten Lebensunterhalt.

In Sörgenloch erhielten die nur zeitweise beschäftigten Gemeindebediensteten nun folgende Vergütung: der Leiter der Posthilfsstelle Heinrich Mann IX 10 Mark, der Wassermeister Peter Hambach 60 Mark, die Putzfrau der Schule 300 Mark, die Hebamme Eva Steiner 200 Mark, der Glöckner Adam Mann VII 100 Mark und der Faselwärter Adam Schlösser immerhin 500 Mark.⁹²

Die folgenden Jahre bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 waren eine Phase der wirtschaftlichen Erholung und der relativen politischen Stabilität. Freilich waren viele Folgen der Inflation nur schwer zu überwinden. Grundbesitz oder Sachwerte hatten oft den Besitzer gewechselt. In der Landwirtschaft war der Ernteertrag von 1923 teilweise gegen wertloses Geld im Herbst verkauft worden, so daß bis zum Erreichen der nächsten Ernte Geld aufgenommen werden mußte. Umgekehrt hatten sich ausgegebene Darlehen in rückzahlbare Ansprüche verwandelt, die nichts mehr wert gewesen waren. Viele Menschen wa-

ren in ihren Sparguthaben oder ihrem sonstigen Besitz schwer geschädigt.

Die Gemeinden konnten in diesen Jahren an einige Verbesserungen herangehen, aber das Geld dafür blieb überall knapp. In Zornheim betrug beispielsweise der Ertrag der Gewerbesteuer 1925 insgesamt 592,92 Reichsmark.⁹³

Zornheim verhandelte schon 1920 über das Schicksal der stillgelegten Feldbahn nach Ebersheim. Den Ankauf des Schotters lehnte die Gemeinde zunächst ab, aber man wollte später mit dem „Entfestigungsamt“ in Verhandlungen treten. Das geschah auch nach einem Jahr. „Der der Gemeinde überlassene Schotter auf dem Bahnkörper wird im November (1921) in die Hintergasse, Schmiedgäßchen und untere Pfortenstraße abgefahren, welche Straßen auch alsdann gewalzt werden.“⁹⁴

Überhaupt bestanden die Verkehrswege in der Regel aus befestigten, aber nicht geteerten Straßen, bestenfalls geschottert und gewalzt. Nur die wichtigeren Straßen waren fest ausgebaut. Verkehrsmittel war zunächst die Bahnlinie Mainz-Nieder-Olm-Alzey, daneben vorwiegend das Fuhrwerk und das Fahrrad. Oft ging man noch zu Fuß in das nächste Dorf oder nach Mainz.

In den zwanziger Jahren wurden dann die ersten Kraftomnibuslinien eingerichtet. So wurde 1926 die Kraftpostlinie von Mainz, die anfangs nach Essenheim und Stackeden führte, über Jugenheim nach Sprendlingen weitergeführt. Auch die Linie Mainz-Ebersheim-Zornheim nahm 1925 ihren Betrieb auf.⁹⁵

Die Einführung elektrischer Energie, in einzelnen Orten wie Nieder-Olm und Zornheim schon vor dem Weltkrieg erfolgt⁹⁶, zog sich manchenorts noch hin. In Jugenheim lehnte der Gemeinderat noch 1921 den Beitritt zum Rhein Hessischen Elektrizitätsverband vorläufig ab, „bis zur Zeit, wann die Gemeinde die Einführung elektrischer Energie wünscht und die Sache besser geklärt ist“.⁹⁷ In einzelnen Gemeinden wurde damals die erste Kanalisierung beschlossen, aber auch dies brauchte seine Zeit.⁹⁸

In Sörgenloch beschloß der Rat 1926, die Straßen wieder nach Bedarf instand zu setzen, da sie durch das sparsame Haushalten seit den Kriegsjahren sehr gelitten hätten. Man sah die Aufnahme einer Anleihe vor.⁹⁹ Auch Kirche und Schulhaus sollten renoviert werden, die Kosten sollte eine Sammlung decken. Sicherheitshalber

übernahm aber die politische Gemeinde eine Bürgschaft und nahm auch für die Renovierung des Schulhauses 2500 Mark auf – damals ein beachtlicher Betrag.¹⁰⁰

Streit um die Erhöhung der Besoldung der Gemeindebeamten gab es 1926 und 1927 in Jugenheim. Weil der Gemeinderat aus Sparsamkeitsgründen eine Erhöhung verweigerte, lehnte der Gemeindegeldrechner Weinel ein Geschenk der Gemeinde zum silbernen Dienstjubiläum ab – der Rat war nicht erfreut.¹⁰¹ 1925 wurde der Totengräber wegen eines Fahrraddiebstahls vom Gericht verurteilt und daraufhin aus dem Dienst entlassen.¹⁰² Auch ein Feldschütz wurde hier einmal aufgrund von Beschwerden einfach abgesetzt.¹⁰³

Zu den Aufgaben der Gemeinderäte gehörte es auch, sich zur Besetzung der Lehrerstellen an den Schulen zu äußern. In Sörgenloch heißt es dazu einmal: „Da sämtliche gemeldete Herren dem Gemeinderat unbekannt sind, so gibt der Gemeinderat der Kreisschulkommission anheim, einen Herrn zu bestimmen. Der Gemeinderat wünscht jedoch ausdrücklich, daß ein Herr in Vorschlag gebracht wird, der verheiratet ist und die Wohnräume auch wirklich bezieht, damit die Wohnräume in einem guten, reinlichen Zustand erhalten werden“.¹⁰⁴ Damals mußte die Gemeinde noch die Dienstwohnungen der Lehrer zur Verfügung stellen.

In Zornheim kaufte der Turnverein 1928 seinen Turn- und Sportplatz am Hippfad an. Er lag in der Gewinn „Hundert Morgen“, hatte 4286 m² und wurde vom Rentamt des Mainzer Universitätsfonds für 2689,92 Mark erworben. Der Verein konnte auf Dauer – auch wohl bedingt durch die Wirtschaftskrise – die fälligen Verpflichtungen nicht leisten, so daß man noch 1938 den Gemeinderat um Übernahme der Kaufsumme bat.¹⁰⁵

Die Sorgen um die jährliche Weinernte sind immer wieder bei den Beratungen der Gemeinderäte zu finden. In allen Gemeinden gehörte die Festsetzung der Lesetermine zu den wichtigen Aufgaben des Rates. Im guten Weinjahr 1921 verlockte der Reifestand der Trauben offensichtlich zur frühen Lese. Im Gemeinderat von Jugenheim gab es darüber eine heftige Debatte, denn das Protokollbuch vermerkt: „Bei der heutigen Gemeinderatssitzung wurde folgendes beschlossen: Alle diejenigen, wo zu früh gelesen haben und die Herbstordnung nicht achteten, sollen mit

9 gegen 3 Stimmen bestraft werden.“ Zwei Gemeinderäte gaben ihren entschiedenen Widerspruch gegen diesen Beschluß eigenhändig zur Protokoll.¹⁰⁶

Streit um das Verhalten der Gemeinderäte ist ebenfalls vorgekommen. Ebenfalls 1921 heißt es in Jugenheim: „Das Gemeinderatsmitglied Eppelmann wird gewarnt, in Zukunft sich bei der Sitzung vorschriftsmäßig zu verhalten, andernfalls verlassen die Gemeinderäte die Sitzung und überlassen dem Vorsitzenden die Verantwortung.“¹⁰⁷

Die in Landgemeinden immer wichtige Polizeistunde wurde 1919 auf acht Uhr abends, für den öffentlichen Verkehr auf zehn Uhr abends festgelegt.¹⁰⁸

1921 wurde die Genehmigung auf 21 Uhr erweitert, später noch weiter hinausgeschoben, dabei aber die Polizeiorgane ausführlich belehrt: „Die Polizeiorgane müssen dafür eintreten, daß die Polizeistunde eingehalten wird. Das liegt im Interesse der Volksgesundheit und erfordert die öffentliche Ordnung. Es ist uns bekannt, daß die Polizeidiener in manchen Gemeinden nicht die nötige Autorität besitzen, um dem Gebote der Feierabendstunde Nachdruck zu verleihen. Dies liegt einzig und allein an den betreffenden Persönlichkeiten. Hier muß Wandel geschaffen werden.“ Es muß Vorkommnisse und Anlässe zu diesen Belehrungen gegeben haben, denn das Schreiben des Kreisamtes fährt fort: „Die Polizeidiener müssen nüchtern, unbestechlich und pünktlich im Dienste sein, Annahme von Getränken und dgl. während der Ausübung des Dienstes ist eines Beamten unwürdig . . . Polizeidiener können nur insoweit Erhöhung ihrer Besoldung erwarten, als ihre Dienstleistung einwandfrei ist und ihr dienstliches Verhalten zu Klagen keinen Anlaß gibt.“¹⁰⁹

Schon ein Jahr später sah das Kreisamt Mainz erneut Anlaß zur Ermahnung, weil Klagen „über mangelhafte Einhaltung der Polizeistunde und nächtliche Ruhestörungen bekanntgeworden seien.“ Das Kreisamt kritisierte, „manche Menschen sehen in der Polizeistunde eine unerträgliche Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit.“ Eine solche Auffassung, meint die Behörde, zeuge von mangelndem sozialem Verständnis; die anwachsende wirtschaftliche Not und die Rücksicht auf die Volksgesundheit erforderten die Polizeistunde. „Der Staat kann nicht zulassen, daß durch einen zeitlich nicht gehemmten Wirtshaus-

besuch das Familienleben gestört, die wirtschaftliche und sittliche Not in der Familie erhöht und die nächtliche Ruhe und die Sicherheit in der Gemeinde beeinträchtigt wird.“ Trotz des sehr traditionellen, konservativen Blickwinkels vom Staat als bewahrendem Behüter der Familie darf nicht verkannt werden, daß in der Krise der Inflationszeit mit dem Kaufkraftschwund des Geldes sich auch krisenhafte Entwicklungen für den einzelnen und seine Familie ergaben, die der Sorge und Hilfe wert waren. Freilich: in Rheinhessen war 1921 auch ein gutes Weinjahr gewesen, deswegen sind die Beobachtungen des Kreisamtes sicher nicht ohne Grund: „Neben erwachsenen Männern sind es in zunehmendem Maße halbwüchsige Burschen, welche die Wirtshäuser bevölkern und sich nur zu leicht dem Trunk und Spiel ergeben. Es möge auch nicht übersehen werden, daß der hohe Alkoholgehalt der jüngsten Weinjahrgänge bei reichlichem Weingenuß in besonders starkem Maß die Gesundheit gefährdet. Schon beginnen die staatlichen Irrenhäuser, die sich während und nach dem Krieg dank des verminderten Alkoholgenusses stark geleert hatten, sich wieder zu füllen . . .“¹¹⁰

Selbstverständlich wurde die Polizeistunde für Fastnacht, Kirchweihe und Silvester verlängert und Überschreitungen milde bestraft. Einzelfälle, wie etwa bei Tanzveranstaltungen in den Gasthäusern, wurden gegen eine Gebühr genehmigt. Doch auch da gab es Ärger, der einiges verrät: „Die Revision der Gendarmerie wurde übrigens durch Beschwerden ausgelöst, die von Wirten erhoben worden waren, die tanzen ließen und hierfür ihren Stempel entrichtet hatten. Diese Wirte haben sich mehrfach, nicht nur in Nieder-Olm, sondern auch an anderen Orten darüber beklagt, daß vielfach bei ihnen, die teures Geld für die Verlängerung der Polizeistunde und den Tanz bezahlt hätten, nicht gegessen werde, ihre Tanzgäste vielmehr in anderen, billigeren Wirtschaften aßen, so daß ihnen, die hohe Abgaben entrichtet hätten, ein Verdienst entgehe . . .“¹¹¹ Der „Stempel“ betrug übrigens in Nieder-Olm drei Reichsmark, in kleineren Gemeinden zwei Mark.

Eine seltene politische Stellungnahme eines Gemeinderates gab es im August 1924 in Sörngenloch. Die Reichsregierung hatte zur ersten Regulierung der im Versailler Friedensvertrag festgelegten Reparationszahlungen das sogenannte Londoner Abkommen (nach dem Dawes-Plan)

abgeschlossen. Es legte dem Reich erhebliche finanzielle Belastungen auf, weshalb es politisch höchst umstritten war und von den radikalen Parteien der Rechten und Linken hart bekämpft wurde. Von den ehemals feindlichen Alliierten wurden die deutschen Zugeständnisse als Zeichen des guten Willens angesehen und brachten u. a. auch dem besetzten Rheinland Erleichterungen, wie die Aufhebung der Ausweisung vieler Bürger und den Rückzug der Franzosen aus den während der Ruhrbesetzung zusätzlich militärisch untergeordneten Gebieten.

Der Gemeinderat verkenne nicht, so heißt es in dem Beschluß, welchen menschlichen Wert das Abkommen für Deutschland und das besetzte Gebiet bedeute. Der Gemeinderat votierte deshalb für die parlamentarische Annahme des Abkommens.¹¹² Wenngleich der Gemeinderat damit seine Befugnisse überschritt, so ist diese Äußerung doch interessant: sie zeigt, daß sich die Gemeinde Sörngenloch, in der es Parteien nicht gab und die Gemeinderatswahlen als Persönlichkeitswahlen abliefen, teilweise als „stille“ Wahl, zur demokratischen Mitte rechnete, bei der fast rein katholischen Bevölkerung zum Zentrum.

Wirtschaftlich war eine Gemeinde wie Sörngenloch und die meisten anderen Gemeinden praktisch völlig von der Landwirtschaft und dem Landwaren- und Weinhandel abhängig; die zunehmende Beschäftigung von Personen in auswärtigen Fabriken in Mainz und seinen Vororten, auch in Rüsselsheim, wirkte sich für die Gemeindefinanzen weniger aus. Ein mehrjähriges Dauerthema in Sörngenloch in der Mitte der zwanziger Jahre war deshalb auch die Regulierung der Selz. Mehrfach lehnte der Gemeinderat den Beitritt zum Selzverband ab, insbesondere, weil ihm die auf die Gemeinde zukommenden Belastungen zu hoch oder die vorgelegten Kostenschätzungen für die beabsichtigten Maßnahmen zu ungenau und unsicher waren.

Daneben gab es in diesem Zusammenhang von 1924 bis 1926 einen langen Streit der Gemeinde mit dem Besitzer der Darmstadt-Mühle, Adam Gabel II. An der Mühle sollte sowohl die Selz wie das Wehr verbreitert werden. Die Gemeinde übernahm die Kosten für das erweiterte Wehr. Zusätzliche Kosten für eine Verbreiterung der Selz im Bereich der Mühle wollte der Rat nicht akzeptieren. Die Belastungen durch die bisherigen Regulierungsmaßnahmen waren ihm

schon zu hoch. Offensichtlich wurde immer wieder der Voranschlag überschritten, jahrelange Zahlungen zeichneten sich ab.¹¹³ Obwohl Gabel die Verbreiterung der Selz beantragt hatte, verweigerte er seine eigene Kostenbeteiligung, auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Rat führte nicht zum Erfolg.¹¹⁴ Schließlich legte die Gemeinde ihren Maßnahmeanteil fest, der ohne die Verbreiterung auf 7000 Mark geschätzt wurde, wofür 5000 Mark an Kredit aufgenommen werden mußten.¹¹⁵ Dem Selzverband trat Sörngenloch erst 1932 bei.¹¹⁶

In Jugenheim herrschte 1924 und 1925 ein längerer Streit um das Schulgut. Die Eigentumsverhältnisse waren zwischen der politischen Gemeinde und der evangelischen Kirchengemeinde strittig. Im August 1924 legte die Kirchengemeinde ein Gutachten des Prälaten Diehl von der hessischen Kirchenleitung vor, wonach ihr das Eigentum zustand. Sie drohte dem Gemeinderat mit einem Prozeß und forderte die Umschreibung des Gutes im Grundbuch auf gütlichem Wege. Die politische Gemeinde war bisher im Besitz des Schulgutes und der Rat wollte diese Besitzrechte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Mehrfach wurden die Standpunkte bekräftigt, schließlich verstand man sich zu einer gemeinsamen gemischten Kommission. Sie legte im März 1925 einen Vergleich vor, der dann auch beschlossen wurde. Das Schulgut ging danach in das Eigentum der evangelischen Kirchengemeinde über.¹¹⁷

3. Die kommunalpolitischen Verhältnisse

Die kommunalpolitischen Verhältnisse zeichneten sich in allen Gemeinden durch eine gewisse Stabilität aus. Die einzelnen Wahlen zu den Gemeinderäten hier zu behandeln, würde zu weit führen, zumal sie eine Untersuchung der Sozialstruktur und der maßgebenden Persönlichkeiten erfordern würden.

1921, 1925 und 1929 wurden die Gemeinderäte jeweils im Herbst neu gewählt. Teilweise waren dabei auch Neuwahlen der Bürgermeister und Beigeordneten fällig, deren Amtszeit nach dem neuen hessischen Gemeinderecht vom Rat auf sechs oder neun Jahre festgelegt werden konnte. Daraus ergaben sich unterschiedliche Wahlzeiten, wenn nicht ein Ausscheiden aus anderen Gründen eine vorzeitige Neuwahl notwendig machte.

In Essenheim folgte auf Bürgermeister Adam Schott im Jahre 1926 Johann Blodt I.¹¹⁸ Der Beigeordnete Karl Adam Mossel I wurde wiedergewählt¹¹⁹, aber 1931 trat Friedrich Wilhelm Schott an seine Stelle.¹²⁰ Schott wurde auch bei der 1932 fälligen Neuwahl als neuer Bürgermeisterkandidat aufgestellt und gewählt.¹²¹ Als Beigeordneter folgte ihm Anfang 1933 Adam Mossel V.¹²²

Während in Elsheim Bürgermeister Krug immer wieder gewählt wurde¹²³, schied in Jugenheim Bürgermeister Deutschmann 1921 aus. Der Beigeordnete Diehl führte die Geschäfte¹²⁴, bis Anfang 1922 der neue Bürgermeister Freund gewählt war.¹²⁵ Freund blieb bis über das Ende der Republik hinaus im Amt, ab 1926 vom Beigeordneten Jennerich unterstützt.¹²⁶

Jakob Christian Schreiber, der Bürgermeister von Klein-Winternheim, starb Ende 1921.¹²⁷ Zu seinem Nachfolger wurde im Februar 1922 der bisherige Beigeordnete Michael Eckert III gewählt.¹²⁸ Er siegte bei der Wahl ganz knapp mit 155 Stimmen über Karl Schreiber I, der 148 Stimmen erhielt. Neuer Beigeordneter wurde kurz danach der im Ruhestand lebende Lehrer Andreas Eck.¹²⁹ Bei der Neuwahl des Bürgermeisters nach sechs Jahren im Jahre 1928 gab es erneut zwei Kandidaten. Jakob Nikolaus Schreiber gewann gegen den bisherigen Bürgermeister Eckert mit 217 Stimmen; Eckert erhielt 165 Stimmen.¹³⁰ An Stelle des nicht wieder kandidierenden Lehrers Eck wurde Christian Schreiber II zum Beigeordneten gewählt.¹³¹

In Nieder-Olm blieben Bürgermeister Sieben und der Beigeordnete Eckes bis zum Ende der Republik im Amt.¹³²

Der Bürgermeister von Ober-Olm, Karl Bär, wurde 1925 wiedergewählt.¹³³ 1930 trat an seine Stelle Johann Metzler III.¹³⁴ Beigeordneter wurde 1926 Balthasar Schmitt¹³⁵, der Johann Philipp Schultheis ablöste. Bei der fälligen Neuwahl 1932 wurde Karl Nikolaus Hembes zum Nachfolger Schmitts bestellt.¹³⁶

Der Sörrenlocher Bürgermeister Berz wurde 1925 wiedergewählt¹³⁷; als Beigeordneter wurde 1926 Jakob Münzenberger II bestimmt.¹³⁸ Ihm folgte 1932 Heinrich Michel.¹³⁹ Auch der Zornheimer Bürgermeister Zimmermann und der Beigeordnete Jakob Sieben X wurden bis zum Ende der Republik jeweils bestätigt.¹⁴⁰

Stadecken wählte im Frühjahr 1922 Johann Christian Reichert II zum Nachfolger von Bürgermeister Holl.¹⁴¹ Er amtierte bis zum Ende der Republik. Als 1925 die Amtszeit des Beigeordneten Johann Dechent II ablief, wurde Jakob Wolf VII zu seinem Nachfolger gewählt und auch 1932 in seinem Amt bestätigt.¹⁴²

VI. Der Niedergang der Republik – die politischen Wahlen II

1. Allgemeines

Die Jahre von 1924 bis 1929 waren die „ruhigen“ Jahre, aber die Stabilisierung erwies sich als zerbrechlich, insbesondere als Ende Oktober 1929 die Weltwirtschaftskrise mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse einsetzte. Die Parlamente und die demokratischen Parteien gaben zwar keineswegs kampflos auf, aber die Parteienzersplitterung und die Schwäche der Regierungen wegen der mühsamen Koalitionskompromisse erschwerten die Arbeit. Die erneute wirtschaftliche Not, vor allem durch die rasch steigende Arbeitslosigkeit, außenpolitische Schwierigkeiten und die zunehmende Abwanderung der noch von der Inflation her verängstigten Wähler zu den radikalen Parteien schwächten das Selbstbewusstsein und die Abwehrbereitschaft der Demokraten. Wer an die Herrschaft des Volkes durch Wahlen glaubte, dem dann aber die Wähler in Scharen davonliefen, mochte wohl nicht mehr guten Gewissens auf dem politischen Führungsanspruch beharren.

2. Der Zusammenbruch der Mitte bei den Wahlen

Auch die Gemeinden unserer heutigen Verbandsgemeinde spiegeln diesen Verfall der Weimarer Demokratie wider, zeigen aber auch, wie und wo die Bürger im Kern nicht von dieser Demokratie abzubringen waren.

Zunächst ist festzustellen, daß der Anteil der demokratischen Mitte bei den Wahlen von 1928 bis 1933 teilweise rapide zurückging. Faßt man die Prozentanteile von SPD, Zentrum, DDP und DVP zusammen – zum Vergleich mit den Ergebnissen von 1927 –, so ergibt sich folgende Übersicht:¹⁴³

Wahl	ELS	ESS	JUG	KLW	NO	OBO	SÖ	STA	ZO
LT 1927	68,2	55,4	71,0	95,2	91,4	83,7	94,0	11,6	90,2
RT 1928	66,2	27,5	42,1	72,8	88,1	63,9	75,1	15,7	69,1
RT 1930	46,7	34,8	33,0	67,8	76,1	57,8	73,1	8,2	73,3
LT 1931	28,4	17,4	15,1	66,1	67,5	51,2	73,4	3,4	75,4
LT 1932	28,6	16,4	10,2	74,1	69,2	45,9	82,3	1,5	69,9
RT 1932 I	29,9	14,5	11,3	72,6	68,8	47,0	80,2	3,3	72,1
RT 1932 II	29,9	18,3	10,1	70,2	67,8	43,3	79,5	2,4	71,1
RT 1933	25,8	6,2	6,5	62,6	65,9	38,1	70,3	2,1	61,9

Es zeigt sich, daß bis zu den nicht mehr völlig demokratischen Wahlen vom 5. März 1933 Sörrenloch, Nieder-Olm, Klein-Winternheim und Zornheim im wesentlichen dank der Stimmen der katholischen Wähler für das Zentrum mehrheitlich und stabil bei der demokratischen Mitte blieben, immer mit mehr als 60 % der Wähler. Auch in Ober-Olm fielen diese Parteien erst im März 1933 hinter die Nationalsozialisten zurück. Freilich hatte auch in diesen Gemeinden der klassische politische Liberalismus nichts mehr zu bestellen: sowohl die linksliberale DDP, die sich nunmehr in die Deutsche Staatspartei umwandelte, als auch die nationalliberale DVP, nach dem Tode Stresemanns im Oktober 1929 ihres prägenden Staatsmannes beraubt, erreichten nach 1929 nirgendwo mehr als je 1,8 % der Stimmen; eine Ausnahme allein war bei der DDP Jugenheim, wo erstmals im November 1932 weniger als 2 % erzielt wurden.

Dieser rapide Rückgang der liberalen Stimmen, in kleinerem Umfang auch der Sozialdemokratie und des Zentrums kam fast überall den rechten und nationalen Oppositionsparteien zugute. Ab September 1930, spätestens ab November 1931, hatten hier auf diesem Flügel die Nationalsozialisten Adolf Hitlers die Rolle der stärksten Partei übernommen. Anfangs stand die NSDAP noch im Wettbewerb mit Hugenberg's DNVP, die sie dann aber unumstritten weit überholte.

Wahl	ELS	ESS	JUG	KLW	NO	OBO	SÖ	STA	ZO
LT 1927	45,4	29,4	25,7	66,6	60,6	40,4	43,5	32,3	50,5
RT 1928	48,9	53,3	45,4	75,1	70,3	65,3	51,0	51,8	65,4
RT 1930	57,5	61,7	50,4	76,7	79,7	63,6	79,2	61,5	69,8
LT 1931	72,5	73,9	71,1	73,3	92,1	76,4	80,9	87,1	69,3
LT 1932	85,5	76,0	67,0	75,1	86,4	65,0	84,1	92,9	66,5
RT 1932 I	87,8	87,5	78,6	87,9	91,6	81,0	87,9	97,2	80,9
RT 1932 II	82,9	86,6	75,9	79,8	87,0	77,5	73,7	91,1	69,3
RT 1933	88,8 ⁺	93,5	88,1 ⁺	82,9	92,0	89,3	90,1	91,5	85,9

+ = errechnet auf der Basis der Wahlberechtigten 1932

Örtlicher Schwerpunkt der Nationalsozialisten war von Anfang an Stadecken, wo 1930 schon 61,3 % der Wähler für die Partei Hitlers stimmte. Im November 1931 bei der hessischen Landtagswahl waren es schon 92 % und im Juni 1932 bei der erneuten Landtagswahl trat der absolute Höhepunkt mit 94,7 % ein. Die demokratischen Parteien verfügten damals in Stadecken noch über 23 Wähler, die Nationalsozialisten über 661.¹⁴⁴

Aber auch in Elsheim (über 60 % ab 1931)¹⁴⁵, Essenheim (über 70 % ab 1931)¹⁴⁶ und Jugenheim (über 70 % ab 1931)¹⁴⁷ dominierte die Hitler-Partei. In Ober-Olm kam sie allerdings in all diesen Wahlen nie über 37 % hinaus, erst im März 1933 waren es 44 % – noch nicht die absolute Mehrheit. Hier in Ober-Olm war auch der einzige Ort, in dem sich seit 1930 eine beachtliche Minderheit zur KPD bekannte, immer zwischen 96 und 180 Stimmen, zwischen 15 und 23 %. Die Kommunisten überholten – und dezimierten dabei – die bislang als zweitstärkste Partei erfolgreiche SPD.¹⁴⁸

3. Die Wahlbeteiligung – die Rückkehr der Nichtwähler

Der Zulauf auf der rechten Opposition kam aber auch zu einem erheblichen Teil von jenen Wahlberechtigten, die in den guten Jahren der Republik nicht zur Wahl gegangen waren.¹⁴⁹

Die Rückkehr der Nichtwähler zum politischen Engagement nutzte zwar vorwiegend den Nationalsozialisten, aber auch das Zentrum profitierte davon. Die Polarisierung der politischen Kräfte ist unverkennbar. Es war aber in unserer Region kaum ein totaler Abgang mit fliegenden Fahnen zu Hitler. Die liberalen, bäuerlichen Wähler in den protestantischen Gemeinden gingen wohl rasch zur NSDAP über, doch die Standfestigkeit der katholischen Wähler und auch der Arbeiterschaft bleibt rühmlich zu erwähnen.

4. Die einzelnen Gemeinden

Das Bild wird auch hier deutlicher, wenn man die einzelnen Gemeinden betrachtet.

In *Sörgenloch* blieb das Zentrum unverändert führend und stabil.¹⁵⁰ Von den Landtagswahlen 1927 (91,0 %) zu den Reichstagswahlen 1928 gab es zwar einen prozentualen Rückgang (auf 67,1 %); das waren aber nur 16 Stimmen weniger, der Rest ergab sich aus der um 8 % höheren Wahlbeteiligung. Diese brachte vor allem dem Landbund fast 40 Stimmen neu und eine Steigerung von 3 auf 22 %. In allen folgenden Wahlen erhielt das Zentrum nun konstant rund 67 % der Stimmen, auf dem Höhepunkt der Krise im Sommer 1932 sogar zwischen 75 und 77 %. Da die Wahlbeteiligung damals auf fast 88 % kletterte (Reichstagswahl Juli 1932), kam dies auch erheblich dem Zentrum zugute, das bis zum Juli 1932 auf die doppelte Zahl seiner 135 Stimmen von 1928 anstieg.

Einzigster ernsthafter Mitbewerber in *Sörgenloch* waren ab 1931 nur noch die Nationalsozialisten. Die SPD blieb mit 5 % und darunter konstant, aber schwach. Hatte das Landvolk noch 1928 22 % und 1930 bei den Reichstagswahlen immerhin noch 15 % erobert, so sank es im November 1931 auf 7,4 %, bekam im Juni 1932 gerade noch eine Stimme und fiel dann völlig weg – sein Anhang hatte sich aufgelöst, war wohl zu den Nationalsozialisten übergelaufen. Die NSDAP trat somit das Erbe an, das aus den parteilich nicht dauerhaft gebundenen nationalen Oppositionsstimmen und den Nichtwählern bestand. Sie kam 1930 zunächst auf 9 %, dann auf Zahlen zwischen 14 und 19 %. Die Marke von 20 % überschritten sie erst, als Hitler schon an der Macht war, im März 1933. Aber zwei Drittel

der Wähler in *Sörgenloch* entschied sich bei der gleichen Wahl unbeirrt für das Zentrum.

Ein ähnliches Bild ergab sich in *Zornheim*.¹⁵¹ Das Zentrum errang 1928 rund 60 % der Stimmen und bei diesem Prozentsatz blieb es dann bis zum November 1932. Da die Wahlbeteiligung in *Zornheim* immer höher gelegen hatte, kam auch kein so großer Zulauf aus der Gruppe der Nichtwähler zustande. Die Wahlbeteiligung blieb übrigens merkwürdigerweise in fast allen Wahlen dieser Phase unter 70 %, ausgenommen die Reichstagswahl vom Juli 1932 (80,9 %) und März 1933 (85,9 %). Die SPD spielte in *Zornheim* weiterhin eine untergeordnete Rolle mit 30 Stimmen oder 7,0 % im Jahre 1928. Sie konnte ihre Stimmenzahl aber bis Juli 1932 immerhin verdoppeln und kam dann auf 12,5 %.

Etwas aus der Regel fällt *Zornheim* insoweit, als es von 1924 bis 1930 einen stabilen Wählerstamm für den Hessischen Landbund gab (zwischen 50 und 124 Stimmen, 13–29 %). Bei den Landtagswahlen kehrte allerdings ein beträchtlicher Teil dieser wohl vorwiegend bäuerlichen Wähler 1931 zum Zentrum zurück, allerdings nur auf Zeit. Der Zerfall dieser Landbundwählerschaft kam mit dem Auftreten der NSDAP. Im November 1931 errangen die Nationalsozialisten 19 % und stiegen bis November 1932 auf 27,4 %, wobei Juni und Juli 1932 den Höhepunkt des nationalsozialistischen Stimmenanteils brachten. Auch hier bleibt aber festzuhalten: Mit über 50 % behielt auch hier noch im März 1933 das Zentrum die Oberhand, die NSDAP mußte sich mit knapp 35 % zufriedengeben.

Das Zentrum hat auch in *Nieder-Olm* seine Stellung halten können, die freilich prozentual immer nur zwischen 54 und 65 % gelegen hatte.¹⁵² 1928 kam das Zentrum auf 53,8 % und erhielt von da an bis November 1932 immer Anteile zwischen 48 und 51 %.

Die SPD war 1928 mit 222 Stimmen oder 22,3 % erfolgreich, etwa in dem Rahmen, den sie schon am Anfang der Republik erzielt hatte. Aus dem Lager der Nichtwähler und vielleicht auch der DDP wuchsen der SPD zwar in den folgenden Jahren offensichtlich etwas Stimmen zu. Da sie aber zwischen 1928 und 1930 rund 45 Stimmen und dann bis 1931 noch einmal soviel an die Kommunisten abgeben mußte, hielt sie sich etwa gleich, bei einem gewissen prozentualen Rückgang auf rund 18 %.

Die liberalen Parteien DDP und DVP, in *Nieder-Olm* seit Anfang der Republik immer auf zusammen 15 %, erhielten 1928 noch 4,8 und 7,2 %, verloren dann aber rasch ihre Wähler. Bei der Landtagswahl vom November 1931 stimmten nur noch zwei und sieben (DVP) Wähler für diese Parteien. Auch der Einheitsblock mit Landbund, Wirtschaftspartei und anderen Parteien brachte im Juni 1932 nur 22 Stimmen (statt früher 54 Stimmen) und 1,7 %.

Die Nationalsozialisten begannen in *Nieder-Olm* 1928 bescheiden mit drei Stimmen oder 0,3 %. Schon im September 1930 schnellten sie auf 105 Stimmen oder 9 % hoch, wobei sie ihre Wähler aus Landbund, DVP und vor allem bisherigen Nichtwählern rekrutieren konnten. Ein weiterer Sprung nach oben folgte bei der Landtagswahl in November 1931, als 244 Stimmen für Hitlers Partei gezählt wurden, und dann im Sommer 1932, als bei der Reichstagswahl im Juli 318 *Nieder-Olmer* die NSDAP wählten (23,6 %). Über 30 % kamen die Nationalsozialisten allerdings nicht hinaus, auch nicht im März 1933, als sie noch einmal Stimmen hinzugewannen (28,2 %).

Die Lage in *Klein-Winternheim* entspricht weitgehend dem Bild aus *Sörgenloch*.¹⁵³ Das Zentrum errang fast immer über 60 % der Stimmen (Ausnahme: 1930: 49,3 %). Ein gewisser Teil der Wähler scheint sich zwischen 1930 und 1932 zwischen SPD und Zentrum hin- und herbewegt zu haben, etwa 25 bis 30 Stimmen. Dadurch wurde zeitweise die SPD etwas gestärkt (Wahlen im Juni und Juli 1932).

1928 wurde zweitstärkste Partei in *Klein-Winternheim* der Landbund; bis dahin war das die SPD gewesen, allerdings mit nur 5–7 % der Stimmen. Nur im November 1921 und im Mai 1924 war der Landbund schon stärker gewesen. Die über 80 Wähler des Landbundes von 1928 und 1930 halbierten sich im November 1931 und bei der Landtagswahl im Juni 1932 erhielt diese einflußreiche Gruppe gerade noch eine Stimme. Der Niedergang der Partei kam der NSDAP zugute, die erstmals 1931 mit 44 Stimmen oder 13,3 % einen nennenswerten Anteil eroberte und 1932 immerhin auf über 100 Stimmen und über 25 % anstieg. Mehr als ein Drittel war allerdings auch hier für die Nationalsozialisten nicht zu schaffen, auch nicht im März 1933.

Ober-Olm fällt auch in den Jahren des Niederganges der Republik etwas aus dem Rahmen.¹⁵⁴ Zunächst etablierte sich hier (wie schon 1924) auf Kosten der SPD eine relativ starke kommunistische Gruppe. Sie stieg von 26 Stimmen 1928 über 96 Stimmen im Jahre 1930 auf 181 Wähler im November 1931 an. Im Jahr 1932 stabilisierte sie sich nach 102 Stimmen im Juni und 126 Stimmen im Juli bei 142 Stimmen im November, Wähler, die ihr übrigens auch im März 1933 noch fast in gleicher Zahl (140) die Treue hielten. Die SPD, 1928 137 Stimmen stark, verlor, aber nicht sehr stark, wohl weil ab 1931 Anhänger der linksliberalen DDP zu ihr übergingen. Da die KPD durchgängig zwischen 15 und 18 % der Stimmen erhielt, 1931 sogar 23 %, blieb die SPD, bis 1927 zweitstärkste, 1928 drittstärkste Partei hinter Zentrum und Landbund, ab 1930 immer ein deutliches Stück hinter der KPD zurück.

Das Zentrum konnte, wie schon dargestellt, seine starke Stellung vom Anfang der Republik nicht halten, es pendelte ab 1928 zwischen Stimmanteilen von 28 bis 35 %. Ein beträchtlicher Teil seiner Wähler ging schon 1928, wohl verstärkt durch rund 100 bisherige Nichtwähler, zum Hessischen Landbund, der damals mit 30,4 % fast das Zentrum überholt hätte. Aber schon 1930 bei der Reichstagswahl mußte der Landbund 74 Stimmen abgeben, kein Wunder, daß die NSDAP sofort auf 63 Stimmen kam. Der Umschwung setzte sich 1931 fort, als der Landbund noch vier, die Hitler-Partei aber 258 Stimmen oder 33,4 % bekam, davon viele bisherige Nichtwähler. Damit waren die Nationalsozialisten zunächst einmal knapp vor dem Zentrum stärkste Partei in *Ober-Olm* und blieben es bis 1933. Kleiner waren nun allerdings die Anteile des Zentrums nicht zu kriegen. Auch der Block von Wählern von SPD und KPD blieb mit insgesamt rund 28 % stabil. Deshalb kam die NSDAP auch nicht weiter als auf gut 36 % im Jahre 1932. Die absolute Mehrheit in *Ober-Olm* blieb den Hitler-Anhängern deshalb auch im März 1933 versagt.

In den Gemeinden *Elsheim*, *Essenheim*, *Staddecken* und *Jugenheim* gab es nur in *Elsheim* eine beachtliche Anhängerschaft des Zentrums. Die am Anfang der Republik in diesen Gemeinden überaus starke Anhängerschaft der liberalen Parteien brachte in *Elsheim* DDP und DVP 1928

immerhin noch zusammen 27 % der Stimmen.¹⁵⁵ Aber schon 1930 sanken sie auf 13, 1931 auf 7,5 %. Deutlicher als in diesem Rückgang kann sich der Zerfall des Liberalismus nicht ausdrücken.

Er kam natürlich prozentual auch dadurch zustande, daß in Elsheim die Wahlbeteiligung in den Krisenjahren von früher 45 % auf über 80 % hochschnellte. Obwohl auch das Zentrum davon etwas Vorteile zog, reichte der Stimmenzuwachs von rund 50 bis 1932 nicht aus, den prozentualen Anteil von 35 % im Jahre 1928 zu halten. Das Zentrum pendelte sich 1932 bei ungefähr 25 % ein.

Auf Kosten der liberalen Kräfte, aus den Reihen der Nichtwähler und aus dem Landbund rekrutierte sich in Elsheim die NSDAP. Von 1927 bis 1932 verdoppelte sich beispielsweise die Zahl der Wähler in Elsheim, während die Zahl der Wahlberechtigten nur um 12 % zunahm.

Die NSDAP wurde in zwei raschen Schritten über 26,7 % im September 1930 mit 60,6 % im November 1931 stärkste Partei des Dorfes. Der Landbund verschwand in dieser Phase fast ganz. Auf 63 % stellte sich denn auch der Anteil der Nationalsozialisten im März 1933. Die demokratischen Parteien waren auf rund 30 % der Wähler geschrumpft, zusammen noch 155 Stimmen. Ungefähr die gleiche Stimmenzahl hatte im übrigen bei der Landtagswahl 1927 einen Anteil von zusammen 61,2 % bedeutet.

In *Jugenheim* schaffte es die NSDAP ebenso schnell, stärkste Partei zu werden, nur noch viel deutlicher.¹⁵⁶ Das Zentrum war in diesem voll protestantischen Dorf ohne Chance. Die SPD erhielt bis 1932 zwischen 6 und 8 % – mehr als 12 % hatte sie auch in den Anfangsjahren der Republik nicht gehabt. Die Masse der Wähler war 1927 Nichtwähler gewesen – über 72 %. Zwar stieg die Beteiligung 1928 auf 45 %, aber schon hier wurde der recht oppositionelle Landbund mit 146 Stimmen oder 51,2 % deutlich stärkste Partei, beerbte dabei Deutschnationale, DVP und DDP sowie die Volksrechtspartei. DDP und DVP kamen 1928 noch auf je etwa 17 %. 1930 sank die DVP auf 7 %, 1931 auf 3 %, die DDP 1931 auf 4 %. Der Landbund und die Deutschnationalen büßten nun wiederum 1930 und nochmals 1931 massiv Anhänger ein – die Konzentration der national-radikal denkenden Wähler auf die NSDAP hatte begonnen. 1930 ver-

zeichnete Hitlers Partei 32,6 % oder 157 Stimmen. Im November 1931 bei den Wahlen zum hessischen Landtag stieg die NSDAP auf 73,2 % oder 338 Stimmen, Zahlen, die die Weimarer Parteien in Jugenheim nie hatten für sich verbuchen können. In Jugenheim wollte eine überwältigende Mehrheit, drei Viertel der Wähler, Hitler wählen. Dabei blieb es auch dann, als, nicht uncharakteristisch, die Wahlen im November 1932 und März 1933 Stimmenverluste der NSDAP brachten, die aber ihre starke Stellung nicht gefährden konnten.

Die Gemeinde *Essenheim* verzeichnete noch 1927 – bei sehr niedriger Wahlbeteiligung – rund 56 % der Stimmen für die alten Weimarer Parteien (SPD, DDP, DVP), hingegen rund 41 % für die Parteien der rechten Opposition, vor allem den Landbund.¹⁵⁷

Bei gestiegener Wahlbeteiligung setzte sich schon bei der Reichstagswahl von 1928 der Trend nach rechts durch. SPD, DDP und DVP erhielten fast die gleiche Zahl an Stimmen wie 1927 (139, jetzt 126), aber das waren nur noch 27,5 %. Es zeigt sich, daß die Mehrheit der national-rechts und bäuerlich-aktivistischen Wähler, die schon 1924 50 % der Stimmen für den Landbund erbracht hatten, sich nur zeitweilig in die Enthaltung zurückgezogen hatten. Jetzt verschafften sie dem Landbund 70,5 %, die Deutschnationalen erhielten keine Stimme.

Aber gerade wegen dieser Konstellation zeigt *Essenheim* sehr instruktiv, daß der Landbund für diese Wähler nur eine Durchgangsstation war. Bei der Reichstagswahl 1930 verlor der Landbund von seinen 320 Wählern rund 150 an die NSDAP. Aus der erhöhten Wahlbeteiligung profitierte auch noch ein wenig die SPD.

Die Rechtswendung der Wähler in *Essenheim* setzte sich bei den Landtagswahlen 1931 fort. 100 Wähler mehr, Verluste der SPD zugunsten der Kommunisten, Dezimierung der DDP auf 11 Stimmen oder 1,7 %, hingegen 489 Stimmen für Hitlers NSDAP – das waren 75,5 %. Damit waren die Nationalsozialisten zur beherrschenden Partei in *Essenheim* geworden. Alle anderen Parteien blieben in den Wahlen von 1932 zusammen nur knapp über 20 % – nur die SPD war mit rund 17 % im November 1932 noch ernsthaft vorhanden. Bei der Reichstagswahl im März 1933 erreichte die NSDAP mit 91 % ihren Höhepunkt.

Ähnlich war die Lage in *Stadecken*, wo allerdings der Erfolg der Nationalsozialisten schon früher begann.¹⁵⁸ Auch hier handelte es sich um eine rasche Abwanderung der Mehrheit der Wähler zur radikalen Rechten, nachdem der Landbund als agrarisch-nationale Protestpartei seit 1921 zwischen 58 und 70 % (mit Ausnahme der Landtagswahl 1927: 44 %) der Wähler gewonnen hatte. Bei der Reichstagswahl 1928 hatte der Landbund noch die dominierende Stellung mit 230 Stimmen oder 65 %, die NSDAP kam gerade auf 17 Stimmen. Die gestiegene Wahlbeteiligung hatte dem Landbund viele Nichtwähler von 1927 zugeführt. 1930 bei der Reichstagswahl waren die beiden Rechtsparteien schon allein tonangebend. Noch einmal kamen aus dem Lager der Nichtwähler Stimmen dazu, der Landbund kam auf 26 %, die Nationalsozialisten aber, nun auf 61 %, hatten dem Landbund viele Anhänger abgenommen. Zusammen waren das nun schon 87 % der Wähler, die praktisch als Gegner der Republik zu identifizieren waren.

Ob hier das Bekenntnis zur Ideologie Hitlers, zum Führerideal im Vordergrund stand, ob die radikale und demagogische Agitation die Wähler anzog oder der bäuerliche Protest, ist aus diesen Zahlen kaum zu entscheiden. Die lange Vormachtstellung des Landbundes in *Stadecken* deutet aber auf eine Kombination aus nationaler Opposition und agrarischem Protest, die unter der Angst vor der Krise und den demagogischen Versprechungen Hitlers hochgesteigert wurde, hin.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Die vom Zentrum beherrschten Gemeinden stimmten auch bei Rückkehr ihrer Wähler aus der zeitweiligen Wahlenthaltung noch mehrheitlich für die Weimarer Demokratie, zum Teil unter Mitwirkung der SPD.

In den anderen Gemeinden setzte sich hingegen, meist auf dem Weg über den Landbund, die Abwanderung der bäuerlichen, mehrheitlich national oppositionellen Wähler nach rechts durch. Meist war die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten – in *Stadecken* ganz alleine – schon bei den Landtagswahlen 1931 entstanden. Ein beträchtlicher Teil dieser Wähler hatte bisher den Gang zur Wahlurne verweigert. In diesen Gemeinden besaß die Weimarer Demokratie schon ab 1930, drei Jahre vor Hitlers Machtübernahme, nicht mehr das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

5. Der wirtschaftliche Niedergang

Man kann den Beginn des Niederganges der Weimarer Republik fast exakt auf die Zeit von Oktober 1929 bis März 1930 festlegen. Der Tod Gustav Stresemanns, der Börsenkrach in New York und der Zusammenbruch der Großen Koalition im März 1930 – der letztmaligen gemeinsamen Regierung von SPD, DDP, Zentrum und DVP – markieren die äußeren Abschnitte. Ihre Folgen waren weitreichend, weil der nun folgende Weltwirtschaftskrise nicht mehr hinreichend durch gemeinsame Haltung der demokratischen Parteien gesteuert werden konnte. Die Gegensätze dieser Parteien waren zu groß geworden, zumal sie angesichts der erkennbaren Radikalisierung der Wählerschaft das Eingehen von Kompromissen nicht mehr wagten, um nicht weitere Wähler zu verlieren. Von heute aus gesehen, erscheinen die Differenzen der Parteien gering. Damals ahnte keiner der Akteure, was kommen würde und wie folgenreich die Haltung sein könnte. Die tatsächliche Abwärtsentwicklung – wirtschaftlich, sozial, politisch – übertraf auch das Vorstellungsvermögen jener Demokraten, die eher pessimistisch in die Zukunft sahen. Kein Wunder, daß die radikalen Parteien – mit ihrem demagogischen Kampf gegen das „System“ der „etablierten“ Parteien – recht zu haben schienen mit ihrer Grundsatzkritik und ihrer Fundamentalopposition gegen Weimar. Eine neue Idee, die eine neue Form der Gemeinsamkeit versprach, eine neue soziale Ideologie, die viel ersehnte Einheit von Nationalbewußtsein und sozialem Denken, der kompromißlose Kampf gegen das Alte, gegen das Zusammenbrechende, die radikal anders denkenden Sprecher und Führer – das war die Mischung aus politischem Gefühl und verstörtem Denken, das in der Krise von 1930–1933 immer mehr Deutsche erfaßte, die Demokraten zur uneinigen Minderheit im Parlament werden ließ, und die sich gegenseitig mit ihrer Parteiarmee gewaltsam bekriegenden Radikalopponenten in einen trotz aller Gegnerschaft gemeinsamen Kampf gegen die demokratische Republik zusammenführte. Angesichts des lebenden Beispiels kommunistischer Diktatur in Rußland und mit der Furcht vor einer neuen Inflation, erneuten Krisenverlusten und erneutem wirtschaftlichem Niedergang im Nacken wanderte die Mehrheit der Deutschen als Wähler in das Lager der Gegner der Demokratie ab, weit überwiegend nach